

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Mehr Klassenbewusstsein,
weniger Zahlenmagier**

Interview mit Yussi Pick

**Warum wählt
die Arbeiterklasse rechts?**

Robert Misik

**Warum wir gegen CETA
stimmen werden**

Evelyn Regner

**CETA ist TTIP durch
die Hintertür**

Interview mit Alexandra Strickner



**LOOKING
FOR THE
CLOUDS**
MUSA

EDITORIAL

Zu Redaktionsschluss beginnen Frankreichs Konservative, mit einer Urwahl ihren Kandidaten für die französische Präsidentschaftswahl zu bestimmen. Und letzte Umfragen deuten darauf hin, dass der Kandidat »klassischer« bürgerlich-konservativer Positionen, Alain Juppé, den Kürzeren gegenüber einem rabiatischen Rechtskonservativen, Nicolas Sarkozy oder François Fillon, ziehen wird. In Frankreich setzt sich also ein Trend fort, den Nicolas Sarkozy vor zehn Jahren begonnen hat und der inzwischen immer größere Kreise zieht: Die Verwischung der Grenzen zwischen bürgerlich-rechten und extrem rechten Parteien. Der Wahlerfolg Donald Trumps ist ein weiteres Beispiel für ein Phänomen, das nicht nur für das rechte politische Spektrum, sondern für das demokratische System von kritischer Bedeutung ist.

In dieser Ausgabe steht aber zunächst ein erster Analyseversuch von Trumps Wahlsieg an der Spitze des Hefts:

Der Wiener Online-Kampagnenspezialist **Yussi Pick** hat drei Monate lang im **Kampagnenteam von Hillary Clinton** gearbeitet. Im Interview mit der ZUKUNFT analysiert er, was **Linke in Europa organisatorisch** und **politisch** aus der **Kampagne** und dem Wahlergebnis **lernen** können.

Robert Misik widmet sich in seinem Beitrag der Frage, welche politischen Faktoren zur **Wahl Trumps** geführt haben, welche **Parallelen** zur politischen Situation in **Österreich** bestehen und argumentiert, warum für die **Sozialdemokratie** in der sozialen Frage der Zeitpunkt gekommen ist, **auf Konflikt** und **nicht auf Konsens** mit den Eliten zu setzen.

Ein in den letzten Wochen virulent gewordenes Konfliktthema stellt CETA dar. Nach der Unterzeichnung des Vertragswerks steht das umstrittene Vertragswerk weiter auf der politischen Agenda und widmen wir ihm daher einen **Schwerpunkt** in diesem Heft.

Evelyn Regner argumentiert, warum die **österreichische Delegation** in der SPE-Fraktion im Europaparlament gegen das **Vertragswerk** und seine vorläufige Anwendung stimmen wird.

Thomas Maes erläutert die Hintergründe für den komplexen Ratifizierungsprozess in **Belgien** und den Widerstand der **sozialistischen Regionalregierung** Walloniens. Er begründet, warum die erzwungenen Zugeständnisse dazu beitragen könnten, eine Ratifizierung auch bei vorläufiger Anwendbarkeit zu verhindern.

Im Interview mit der ZUKUNFT erklärt die **ATTAC-Vorsitzende Alexandra Strickner**, warum CETA das **TTIP-Abkommen durch die Hintertür** bringen würde und warum die Chancen gut stehen, es doch noch zu verhindern – etwa durch das von einer Reihe niederösterreichischer SPÖ-Bürgermeister initiierte TTIP-CETA-TISA-Volksbegehren.

Ingo Schmidts Buch »The three worlds of social democracy« beschäftigt sich mit Problemen und **Perspektiven sozialdemokratischer Parteien im Westen, Osten und globalen Süden** und wurde von **Armin Puller** für die ZUKUNFT gelesen und besprochen.

Ludwig Dvořák stellt **Michael Hartmanns** brandneues Buch »Die globale Wirtschaftselite – eine Legende« vor.

Nach den **Buchtipps** rundet das **Schlusswort** von **Markus Marterbauer** das Heft ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Samuel Gratacap, Ohne Titel 39, aus der Serie »Empire, Choucha refugee camp«, 2012–2014, Foto auf Fine Art Papier, Dibond, 188 x 152 cm, Copyright: Samuel Gratacap, Courtesy: Galerie Les filles du calvaire

Aktuelle Debatte **US-Wahl**

6 **Mehr Klassenbewusstsein, weniger Zahlenmagier**

INTERVIEW MIT YUSSI PICK

14 **Warum wählt die Arbeiterklasse rechts?**

VON ROBERT MISIK

Schwerpunkt **Wie weiter mit CETA?**

20 **Warum wir gegen CETA stimmen werden**

VON EVELYN REGNER

26 **Eine belgische Lösung**

VON THOMAS MAES

32 **CETA ist TTIP durch die Hintertür**

INTERVIEW MIT ALEXANDRA STRICKNER

40 **Paradoxie der Sozialdemokratie**

VON ARMIN PULLER

46 **Die globale Wirtschaftselite – eine Legende**

VON LUDWIG DVOŘÁK

48 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

50 **Vor der Trendwende auf dem Arbeitsmarkt**

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Mehr Klassenbewusstsein, weniger Zahlenmagier

Der österreichische Kampagnenberater Yussi Pick war die letzten drei Monate im Wahlkampfteam von Hillary Clinton aktiv. Mit der ZUKUNFT sprach er über seine Erfahrungen im US-Wahlkampf, politische und kampagnentechnische Gründe für die Wahl Trumps und was Europas Linke aus diesem US-Wahlkampf lernen kann.

ZUKUNFT: Du warst in den letzten Monaten im zentralen Wahlkampfteam von Hillary Clinton tätig. Was hast du dort gemacht?

Pick: Ich war in der Abteilung für »Digital Organizing« tätig. Es gab im Wesentlichen zwei Abteilungen für die Mobilisierung: Das »Organizing Departement« war für die Mobilisierung »on the ground« zuständig, das waren die, die die Freiwilligen organisieren und ausbilden, die Menschen, die tatsächlich Türklopfen gehen. Unsere Abteilung »Digital Organizing« war Teil des großen Apparats des Digital-Bereichs. Dort gab es eine eigene Abteilung für Online Marketing, für Social Media, für E-Mails, eine für Video – das war eine Art Newsroom mit eigenem Fernsehstudio, dort haben sich rund 15 Menschen nur mit bewegtem Bild beschäftigt – und einige mehr, wie z.B. die Abteilung für Audience Development, die sich überlegt hat, welche Botschaften auf welchen Kanälen platziert werden soll. Die Aufgabe meiner Abteilung war mehr oder weniger, dass alles, was digital produziert wird, sinnvoll verwendet wird. Das hatte zwei Ebenen. Wir haben zum einen Services bereitgestellt: Wir haben z.B. mit dem Technic Departement technische Tools entwickelt, die dann das Organizing Departement zur WählerInnenmobilisierung verwenden konnte. Also z.B. ein Telefonietool, mit dem HelferInnen daheim WählerInnen anrufen und mobilisieren konnten, ohne ihr Zuhause verlassen zu müssen. Zum anderen haben wir uns eben um digitale Mobilisierung gekümmert, die sich nicht immer direkt an WählerInnen gerichtet hat.

An wen hat sich eure Mobilisierung dann gerichtet?

Also ein Projekt für das ich z.B. verantwortlich gewesen bin, war die Mobilisierung von 18.000 AnwältInnen, die am

Wahltag landesweit gebraucht werden. Die sollten in kritischen Wahlbezirken beobachten, was passiert. Da geht es primär darum, sicherzustellen, dass alle Menschen wählen gehen können. Das klingt aus europäischer Sicht vielleicht verrückt, aber eines der größten Probleme der Demokraten ist, dass ihre KernwählerInnen mit verschiedenen Methoden im großen Stil am Wählen gehindert werden. Deshalb hat die Demokratische Partei ein Interesse daran, dass jeder der wählen gehen will, auch wählen gehen kann. Und daher war es meine Aufgabe, 18.000 AnwältInnen zu finden, die dann vom Anwalts- team in die Lande geschickt wurden und die am Wahltag vor Ort präsent waren, um zu verhindern, dass schwarze WählerInnen nach Hause geschickt werden oder das Wahllokal schließt, wenn noch hundert WählerInnen in der Schlange stehen.

Und wie mobilisiert man 18.000 AnwältInnen?

Für unsere Aufgabe konnten wir auf den ganzen Apparat der Kampagne zurückgreifen: Also wir haben gesagt, wir machen ein Video mit einem berühmten Menschen. Da gibt es eigenes Team, das sich um die Kontakte zum »Personenkomitee« kümmert. Dann braucht es einen Text für dieses Video – der kommt von der Content Abteilung. Es braucht ein E-Mail für eine bestimmte Zielgruppe, dafür schaut sich das Analytics Departement genau an, wer soll das E-Mail bekommen, es braucht einen sms Shortcode, damit alle Interessierten sich mit drei Handgriffen rückmelden können. Es braucht ein paar Freiwillige, die dann mit allen Interessierten in Kontakt treten. Es braucht ein ordentliches Online-Formular, etc. Das Video muss in ein paar Nischen verteilt werden, dafür braucht es das Audience Development Team. Und wir vom Digital Organizing Departement haben diese Schritte konzipiert und

koordiniert, damit am Ende 18.000 AnwältInnen dort stehen, wo sie stehen sollen.

Das klingt nach einem enormen Koordinierungsaufwand, wie gut hat das in der Praxis funktioniert?

Das war für mich eines der größten Aha-Erlebnisse der Kampagne: Es gab ganz klare Abteilungen und Verantwortlichkeiten, aber kein einziges Projekt konnte von einem Team ganz alleine gemacht werden, es waren immer zumindest zwei bis drei Teams beteiligt. In österreichischen Organisationen wäre sicher die Gefahr, dass jede Abteilung ihr eigenes Ding macht und eine Schrebergartensiedlung entsteht. Das war überhaupt nicht der Fall. Das liegt auch daran, dass oft eine Person in zwei Teams war und gleichberechtigt von zwei Teamleitungen gemanagt wurde. Natürlich sind Abstimmungsprobleme nie hundertprozentig ausgeschlossen, aber im Großen und Ganzen hat das überraschend reibungslos funktioniert. »Ist mein's, geht dich nichts an« habe ich nicht erlebt.

Wo siehst du sonst die größten Unterschiede zur Wahlkampfführung in Österreich?

Pick: Die Hierarchie ist extrem flach: Zwischen mir und der Kampagnenleitung gab es gerade einmal zwei Ebenen. Und: Es wird bis zum Schluss um jede Stimme gekämpft. Also es gibt kein »Das ist jetzt auch schon egal«. Es gab bei dieser Wahl erstmals Büros, die WählerInnen per sms kontaktiert haben. Die haben wir zwei Wochen vor der Wahl eröffnet. Der Beschluss, dass wir das machen, wurde zweieinhalb Wochen vor der Wahl gefasst. Das letzte Wochenende vor der Wahl ist ein Höhepunkt der Kampagne. »Das brauchen wir jetzt auch nimmer anfangen« gibt es als Haltung einfach nicht. Wenn es noch eine Stimme bringen könnte, wird es probiert, bis zum Wahlschluss im letzten Bundesstaat.

Als großer Unterschied zwischen den USA und Europa wird oft auch die Verfügbarkeit und der Umgang mit von Daten genannt. Wie groß ist dieser Unterschied wirklich und was kann man in Europa übernehmen?

Da gibt es zwei Ebenen. Was die Datenverfügbarkeit betrifft, steht in Europa ziemlich sicher weniger zur Verfügung. Das finde ich aber durchaus gut so. Die Parteien sollen, finde ich, nicht jedes Detail wissen. Ab einem gewissen Punkt ist außerdem die Frage, wie man noch sinnvoll mit den Daten arbeiten kann. Andererseits halte ich den Ansatz von Data Scientists,

Dinge zu analysieren und zu testen, auch in Europa für machbar und sinnvoll. Wir haben z.B. Botschaften getestet, ob es besser funktioniert zu fragen »Kannst du dieses Wochenende helfen kommen« oder »Kannst du dieses Wochenende für drei Stunden helfen kommen«. Das wirkt vielleicht trivial, aber wenn man mit der einen Frage wesentlich mehr Rückmeldung bekommt als mit der anderen, dann lohnt es sich einfach, das im Vorfeld zu testen.

In Medienberichten war davon zu lesen, im Clinton-Team seien die wichtigsten Entscheidungen mithilfe eines speziellen Algorithmus getroffen worden. Was ist da dran?

Es war klar, dass die öffentlichen Umfragen nicht solide sind und man hat sich daher auf neue Zahlenmagier verständigt. Nach der Wahl hat man gesehen, dass auch die neuen Zahlenmagier die Wahrheit nicht mit dem Löffel gefressen haben. Und natürlich hat man auf Grundlage der falschen Zahlen falsche Entscheidungen getroffen. Das ist im Nachhinein sicher einer der großen Fehler der Kampagne. Das prominenteste Beispiel: Trump hat in Wisconsin mit 28.000 Stimmen gewonnen, allein die University of Madison hat 40.000 Studierende. Es gab keinen einzigen Hillary-Auftritt dort. Aufgrund der falschen Zahlen, ausgehend von der falschen Annahme, Wisconsin sei sicher, wurden strategisch falsche Entscheidungen getroffen, ob jetzt mit oder ohne Algorithmus.

Aber wenn nicht auf die »Zahlenmagier«, wie du sie nennst, auf welche Entscheidungsgrundlagen soll man sich dann stützen?

Natürlich ist es unverzichtbar, Zielgruppen zu analysieren und die eigene Arbeit entsprechend zu segmentieren. Ich glaube aber, man muss sein kommunikatives Bauchgefühl besser nutzen und auch stärker auf die Menschen vor Ort hören. Nicht, dass das die Kampagne nicht getan hätte. Aber nach 2008 und 2012 sind gerade amerikanische Organisationen extrem zahlengläubig geworden und man muss das einfach ein bisschen kritischer reflektieren.

Was würdest du im Nachhinein als den größten Fehler der Kampagne sehen?

Im Nachhinein sicher die aggressive Expansionspolitik. Die Kampagne hat sich stark auf westliche Bundesstaaten fokussiert. Wir haben uns z.B. in Utah engagiert, weniger weil der

Bundesstaat für gewinnbar gehalten wurde, als um die Trump-Kampagne zu trollen. Wir haben es verabsäumt, die Ressourcen in den Kernstaaten, wie z.B. Wisconsin oder Michigan, zu bündeln. Im Nachhinein würde man wohl eine defensivere Strategie wählen, das hätte die Wahl möglicherweise gedreht.

Abseits solcher organisatorischen Kampagnenentscheidungen – wo siehst du den Hauptgrund dafür, dass Trump und nicht Clinton gewonnen hat?

Naja, das trifft es nicht ganz, würde ich meinen. Clinton hatte insgesamt zwei Millionen mehr Stimmen als Trump. Sie hatte also eine Mehrheit der WählerInnen für sich. Ich halte es auch tendenziell für einen Mythos, dass sie die ArbeiterInnenklasse verloren hat. Ich halte nämlich das zuletzt gezeichnete Bild von der ArbeiterInnenklasse für unvollständig. Es wird eigentlich immer nur über ein Segment der ArbeiterInnenklasse, über weiße Industriearbeiter gesprochen. Bei denen hat Clinton tatsächlich schlecht abgeschnitten. Aber das ist nicht die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse, die wesentlich breiter ist, in den USA genauso wie in Europa: Die große Mehrheit, jedenfalls in den USA, das sind Fast-Food-ArbeiterInnen, Reinigungskräfte, Servicepersonal, in denen natürlich die Minderheiten ganz stark vertreten sind. Die haben ganz überwiegend demokratisch gewählt. Die Schwierigkeit bei diesen Gruppen besteht darin, sie zur Wahl zu bringen. Die Wahl ist an einem Wochentag, die Leute bekommen nicht frei und v.a. versuchen die Republikaner ganz gezielt, Leute vom Wählen abzuhalten: In Nachbarschaften, in denen Minderheiten stark sind, richten republikanische Gouverneure weniger Wahllokale ein, machen die Schlangen und Wartezeiten länger, es gibt verschärfte Anforderungen zur Ausweispflicht, um WählerInnen zu frustrieren etc. Das macht es für die Demokratische Partei immer schwieriger, ihre WählerInnen zur Wahl zu bringen. Das sieht man besonders bei mid-term elections.

Diese schockierenden Strategien kennt man in einer breiteren Öffentlichkeit allerdings schon seit der Wahl Bush-Gore 2000. Also das ist doch keine ganz neue Strategie, mit denen Kerry oder Obama nicht auch zu kämpfen gehabt hätten, oder?

Das stimmt, allerdings hat sich die Lage nochmals verschärft. Der Oberste Gerichtshof hat 2013 eine zentrale Bestimmung des Voting Rights Act aufgehoben. Mit diesem 1965 eingeführten Gesetz sollte primär in den Südstaaten verhindert werden, dass Schwarze strukturell vom Wahlrecht ausgeschlos-

sen werden. In bestimmten Bundesstaaten und Wahlkreisen mussten Änderungen der Wahlgesetze von der Bundesebene freigegeben werden. Der Katalog dieser Staaten wurde jedoch als »nicht mehr zeitgemäß« aufgehoben. Das hat dazu geführt, dass die republikanischen Mehrheiten im Süden diesmal freie Hand hatten.

Aber reicht das wirklich als Erklärungsansatz aus? Nach den Wahltagsbefragungen hat Clinton zwar auch unter ArbeiterInnen die Mehrheit, aber sie hat nicht nur bei weißen ArbeiterInnen, sondern auch unter Schwarzen und Latinos gegenüber Obama deutlich an Stimmen eingebüßt. Wie erklärst du dir das?

Ja, es stimmt, dass sie weniger Stimmen hatte als Obama, gleichzeitig hatte sie nach Obama die meisten Stimmen, die jemals ein Kandidat hatte. Was ich sagen will: Die Zahlen lassen ganz viele Interpretationen zu. Hillary hatte sicher ein Problem bei weißen Arbeitern, aber das noch größere Mysterium für mich ist, dass die Kampagne bei weißen Frauen schlecht performed hat. Die haben Hillary nicht in dem Ausmaß gewählt, mit dem alle gerechnet hatten. Und das war natürlich auch wahlentscheidend. Warum das so ist, muss man sicherlich noch genauer analysieren. Offenbar war es Afro-Amerikanern wichtiger, dass es den ersten afro-amerikanischen Präsidenten gibt, als es Frauen wichtig war, dass es die erste weibliche Präsidentin gibt. Und ganz generell war die Euphorie sicher nicht so groß wie in der Obama-Kampagne.

Im Vorwahlkampf hat Clinton in Richtung Bernie Sanders gestichelt, dass Wahlkampf Lyrik sei, Regieren aber Prosa. Ein Journalist hat das aufgegriffen und Clintons Vorwahlkampf damit charakterisiert, dass bei ihr schon der Wahlkampf Prosa sei.

Clinton hat sicherlich auch inspiriert, aber eine zu kleine Gruppe. Das waren v.a. Frauen in mittleren Jahren, wir haben sie in der Kampagne liebevoll First Ladies genannt, die durch die Aussicht auf eine weibliche Präsidentin stark motiviert waren. Die gab es natürlich quer durch alle Gruppen, aber v.a. bei Frauen über 50. Clinton sagt ja selbst über sich, sie ist eine pragmatische Progressive. Sie hat den entsprechenden Wahlkampf geführt. Ihr Steuerkonzept z.B. verspricht nicht das Blaue vom Himmel, aber man kann es konkret umsetzen. Und so ist es mit vielen Dingen, bei denen sie extrem zögerlich war, Dinge zu versprechen, die sie unter den gegebenen Umständen nicht oder nur schwer umsetzen kann. Das ist

natürlich nicht wahnsinnig inspirierend. Pragmatisch ist nur selten inspirierend. Da kann man ihr natürlich vorwerfen, dass sie sich darauf verlassen hat, dass sie ohnehin Präsidentin wird und einen Wahlkampf führen wollte, der dann der Präsidentin Clinton nicht im Weg steht. Leider hat das eben dazu beigetragen, dass sie nicht Präsidentin geworden ist. Ich würde aber behaupten, das hätte sie auch im Nachhinein nicht anders gemacht. Ich sehe das auch als eine Form der Geradlinigkeit, die in ihrem politischen Naturell liegt.

Du hast unmittelbar nach der Wahl auf Facebook geschrieben, Clinton stehe für vieles, was du dir von der europäischen Sozialdemokratie wünschen würdest. Was wäre das?

Ich habe das v.a. auf den Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Inhalten bezogen. Ich rechne ihr wirklich hoch an, dass ihre Kampagne zu keinem Zeitpunkt auf den Frame der Rechtsextremen eingestiegen ist. Sie hat nie gesagt »Ja stimmt, ein paar Mexikaner sind eh ein bisschen ein Problem«. Sie hat immer einen neuen Frame gezeichnet und ist klar aufgetreten: »Das was ihr da sagt ist unamerikanisch, dafür stehen wir nicht.« Es gab in der Kampagne keinen Doskozil, der das gemacht hätte, was man bei uns »die rechte Flanke abdecken« nennt. Es stimmt auch nicht, dass sie das die Wahl gekostet hätte, im Gegenteil, dieser Aspekt wurde belohnt, der war ganz wichtig für ihre Mobilisierung. Sie ist auch sehr konsequent zu Positionen gestanden, die vielleicht sogar mehrheitsfähig sind, aber von einer Minderheit umso wütender angegriffen werden. Sie ist ganz selbstverständlich zu Positionen wie dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Rechte von Homosexuellen oder auch zum Thema Intersexualität gestanden. »Stronger together« war nicht nur ein Motto. Mich hat begeistert, wie sehr er sich auch im Kampagnenteam wieder gespiegelt hat. Da gab es nicht einen Afro-Amerikaner, der dann »die Afro-Amerikaner« repräsentieren musste. Es gab Menschen mit ganz unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichem sozialen Background, unterschiedlichem Bildungsniveau. Das war sicher eine der großen Stärken der Kampagne.

Hätte Clinton in deinen Augen eine Möglichkeit gehabt die weißen Arbeiter in Michigan und Wisconsin zu erreichen?

Nein, ich denke das wäre mit ihrer Positionierung nicht möglich gewesen. Es wäre ja nicht so gewesen, dass Bernie Sanders in den Wochen vor der Wahl nicht durch den Rust Belt

rauf und runter getourt wäre. Also da gab es Versuche und die haben nicht gefruchtet. Es hätte keine Position gegeben, die sie authentisch hätte beziehen können und die Industriearbeiter versöhnt hätte. Etwas flapsig formuliert gibt es zwei Möglichkeiten, einen Schuldigen für die andauernde Krise zu benennen: entweder die Ausländer oder das Finanzsystem. Trump hat das eine gemacht, Sanders das andere und Clinton wollte das eine nicht und konnte das andere nicht, auch weil sie als Person nicht glaubwürdig dafür stehen hätte können. Was ich aber zahlenmäßig für möglich halte, wäre gewesen, diese Gruppe auszubalancieren mit jüngeren WählerInnen, mit Minderheiten, mit einer besseren Mobilisierung von NichtwählerInnen.

Aber spricht das dann nicht doch dafür, dass Sanders als Kandidat bessere Chancen gehabt hätte?

Bei weißen Industriearbeitern sicher. Aber dann hätten wir vielleicht Colorado oder Arizona verloren, wir hätten in Virginia nicht so gute Chancen gehabt. Das ist natürlich generell schwer zu beurteilen, wie es gewesen wäre, wenn. Er hätte die eine Gruppe besser angesprochen, aber wenn man sich den Vorwahlkampf ansieht, dann hat er den ja letztlich deshalb verloren, weil er die Minderheiten wesentlich schlechter angesprochen hat als Clinton.

Woran liegt das eigentlich?

Das kann ich nur aus der Ferne interpretieren. Sicherlich würde Sanders politisch argumentieren, dass er für einen breiten Begriff der ArbeiterInnenklasse steht. Aber ich habe den Eindruck, das hat er in seiner Kampagne unzureichend übergebracht. Wenn er von der ArbeiterInnenklasse gesprochen hat, dann hat man das mit weißen Industriearbeitern verknüpft, es ist ihm nicht gelungen das farbige Dienstleistungsproletariat mitzunehmen. Geschlechtergerechtigkeit und Diversität hatte zu sehr den Charakter eines »Nebenwiderspruchs«. Das erkennt man auch an seiner Kampagne: Wenn man sich ansieht, wer war der engste Kreis seiner Berater, wer waren die bestbezahlten Mitarbeiter, das waren alles weiße Männer. Das hat man gemerkt und das halte ich für einen möglichen Grund.

Trump ist ja letztlich nur die US-Version eines auch in Europa aktuellen Phänomens politischer Erfolge der extremen Rechten. Mit der Erfahrung des US-Wahlkampfes – was sollte Europas Linke lernen?

Ich halte es für ganz zentral, nicht in den Frame der Rechten einzusteigen, sondern den eigenen zu bauen, auch wenn es mühsam scheint. Kampagnentechnisch finde ich ganz wesentlich, dass moderne Kampagnen einen Start-Up-Charakter haben müssen. Einerseits, um die besten Leute anzuziehen, auch Leute, die nicht immer schon in der Politik arbeiten. Ganz viele Menschen in der Kampagne haben vorher bei Facebook und Twitter, im Silicon Valley gearbeitet. Die haben sich krenzieren lassen oder den Job gekündigt, um ein Jahr dabei zu sein. Andererseits ist der Start-Up-Gedanke auch wichtig in der Frage des Umgangs mit Daten, Datensammlung und Analyse. Auch wenn ich ein Freund der Datensparsamkeit bin, also dafür bin, sich auf die relevanten Daten zu konzentrieren: Es ist wichtig, analytischer zu werden, Daten zu interpretieren, Dinge zu testen. Ich denke, man muss auch stärker technologiegetriebene Kampagnen führen, man muss sich ansehen, wie können wir neue Technologien nutzen, um WählerInnen zu erreichen und mobilisieren. Da sind österreichische Kampagnen noch immer zu zurückhaltend, wo die Clinton-Kampagne vielleicht etwas zu verspielt war.

Wirklich entscheidend ist für mich die Fähigkeit, Inhalte selbst produzieren zu können. Die Sozialdemokratie und Parteien generell haben früher über ihre Parteizeitungen kommunizieren und Entwicklungen deuten können. Das was Arbeiter-Zeitung und Co früher gemacht haben, das muss neu übertragen werden. Eine erfolgreiche Kampagne muss Inhalte, Videos, Infografiken selbst gestalten und verbreiten können. Nach der US-Wahl wird derzeit viel über »Fake-News« diskutiert, darüber wie Rechte mit Verdrehungen und Falschmeldungen Stimmungen erzeugen. Im Grunde sollte das eine Debatte darüber sein, dass die Rechten ihre Inhalte über neue Kanäle verbreiten, die Linke das aber momentan nicht schafft. Das muss sie lernen, natürlich mit anderen Botschaften. Das ist kein Ersatz für traditionelle Medienarbeit, aber man sollte aufhören, sich nur auf die zu verlassen.

In der politischen Debatte ist in den letzten Wochen kontroversiell diskutiert worden, dass die Linke die soziale Frage und die ArbeiterInnenklasse vernachlässigt und zu einseitig auf die Mittelschicht und gesellschaftspolitische Themen gesetzt hat. Wie siehst du das?

Es ist ganz sicher richtig, dass die soziale Frage viel lauter gestellt werden muss. Es braucht ganz klar ein stärkeres Klassenbewusstsein. Mein Punkt ist: Es genügt nicht, eine Teilgruppe der ArbeiterInnenklasse zu betrachten. Also wenn man

von »Arbeiterklasse« spricht und nur weiße Industriearbeiter meint, ist das auch zu wenig. Man braucht die weißen Industriearbeiter genauso wie die migrantische Putzfrau. Die Linke darf die einen nicht gegen die anderen ausspielen, sie braucht beide. Abgesehen davon halte ich es für falsch, Diskriminierungsthemen als Randthemen wahrzunehmen. Es ist doch ziemlich arrogant, so zu tun, als ob sich ein Putzmann nicht für Schwulenrechte interessieren könnte oder zu meinen, dass eine Hacklerin sich nicht um Gleichberechtigung kümmern würde. Also die klassische, »altmodische« Sozialdemokratie zeigt uns da etwas Anderes, wenn wir uns etwa ansehen, wer in Österreich die wichtigsten Schritte zur Gleichberechtigung durchgesetzt hat.

Vielen Dank für das Gespräch!



YUSSI PICK

ist Germanist und Mitbegründer des Wahlblogs usa2012.at und usa2016.at. Als Spezialist für Online-Kampagnen war er im Herbst 2016 in der Wahlkampagne von Hillary Clinton in der Abteilung für Digital Organizing tätig. Er ist Managing Partner der Pick&Barth Digital Strategies in Wien und Autor des Buchs »Das Echo-Prinzip – wie Online-Kommunikation Politik verändert«.



Dimitris Michalakis, Burnout, 2010-2013, Foto auf Fine
Art Papier, 50 x 75 cm, Copyright: Dimitris Michalakis

LOOKING FOR THE CLOUDS MUSA

LOOKING FOR THE CLOUDS
Contemporary Photography
in Times of Conflict

LOOKING FOR THE CLOUDS
spannt zeitlich und thematisch einen Bogen
vom 11. September 2001 bis in das Jahr 2015.

Die Ausstellung stellt Foto- und Videoarbeiten
internationaler KünstlerInnen und Fotojourna-
listInnen vor, um die Geschichte der letzten 15
Jahre zu beleuchten.

MUSA
Felderstraße 6–8, 1010 Wien
Bis 4. Februar 2017
www.musa.at



Anna Jermolaewa, Clouds, 2011, HD, 2:10 min, loop,
Copyright: Anna Jermolaewa

Warum wählt die Arbeiterklasse rechts?

Ein paar Lehren, die wir (nicht nur) aus der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ziehen müssen. Von Robert Misik.

Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist für die demokratischen Linksparteien auch in Europa ein dramatisches Warnzeichen. Trumps Wahl fügt sich ja auch nur in einen allgemeinen Trend ein: Brexit-Votum, Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa, die tiefe Identitätskrise der sozialdemokratischen Parteien. In Österreich: FPÖ, Strache, Hofer. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Trump hat die große Mehrheit der Wähler und Wählerinnen der weißen Arbeiterklasse in den USA gewonnen. Klar, es war kein rauschender Sieg: Er hat ja nicht gewonnen, weil er so viele Stimmen hinzugewonnen hat, sondern weil Hillary Clinton so viele dieser Wähler nicht gewonnen hat, die Barack Obama noch für sich begeistern konnte. Aber die Zahl der Stimmen für Trump aus diesen Milieus, die früher zu den stabilen Stimmenbringern der progressiven Parteien zählten, ist dennoch mehr als signifikant. Sie ist ein Alarmsignal.

Und, klar, wir sind davon nicht wirklich überrascht. Wir leben in einem Land, in dem die FPÖ regelmäßig bei den Arbeitern eine Mehrheit gewinnt. Wir leben in einem Land, in dem die FPÖ in einem Bezirk wie Simmering stärkste Partei wurde. Wie können wir da überrascht sein?

Wir sind auch deshalb von all dem keineswegs überrascht, weil wir den Zorn, die Wut, die Frustration – in den verschiedensten Milieus und unterschiedlichsten Bevölkerungssegmenten – sehr gut kennen. Wir wissen, dass hier hunderte Tausende Bürgerinnen und Bürger der Meinung sind, dass sich für sie ohnehin niemand interessiert, dass ihnen niemand mehr zuhört, dass das Establishment abgehoben sei und die Akteure der hergebrachten Parteien primär auf ihre Pfründe aus seien, sich vom kleinen Mann aber entfernt haben. Es ist ja nicht so, dass wir dieses Problem nicht längst erkannt haben. Aber womöglich haben wir es in seiner tieferen Bedeutung noch nicht wirklich begriffen.

1. ES GEHT UM KLASSENSPALTUNGEN

Mit den welthistorischen Veränderungen, die mit dem Jahr 1989 verbunden sind, begann eine neue Ära, auch für die progressiven Parteien und die vielen Milieus, die sie trugen, die aber auch aus ihnen herausgewachsen sind. Dabei geht es nicht nur, nicht einmal primär, um den Untergang des Realsozialismus, dem Fall der Mauer, das Ende der Blockkonfrontation in Europa. Mehrere Prozesse überlagerten sich in diesen Jahren: Mit dem »Ende der Geschichte« wurde der Triumph des Kapitalismus ausgerufen und zugleich der einer bestimmten Form der pluralistischen Demokratie. Indem der Kapitalismus sich als alternativlose Ordnung setzte, wurde der Markt fundamentalismus und der Neoliberalismus ideologisch dominant. Zeitgleich waren unsere westlichen Gesellschaften von Modernisierungsprozessen gekennzeichnet, dem Aufstieg vieler junger Menschen aus früheren Arbeitermilieus in urbane Mittelschichtmilieus. Die Klassenfrage – sie schien irgendwie plötzlich von gestern. Arbeiterklasse? Die gibt's ja gar nicht mehr und was von ihr noch übrig ist, wird aussterben oder sich auflösen ins Fluidum zeitgenössischer Modernität. So sah man das damals.

Auch die Sozialdemokratien wurden zunehmend zu Mittelschichts-Sozialdemokratien, und hatten nur mehr vage Ahnungen davon, wer eigentlich ihrer Wähler und Wählerinnen sind. Die strukturierenden Netzwerke in den Arbeitervierteln, die früher der Kern der Parteiorganisationen waren, lösten sich auf, wurden porös, waren von gestern. Aber unsere Gesellschaften verwandelten sich natürlich nicht in nivellierte Wohlstandsgesellschaften, die nur mehr aus einer urbanen, erfolgreichen Mittelschicht bestehen. Die »Verlierer« wurden vergessen.

2. LET'S TALK ABOUT CLASS

Aber selbst das ist zu grob gesprochen. Denn es geht nicht nur um die krassen Dichotomien zwischen »absoluten Ge-

winnern« und »absoluten Verlierern«. Das Milieu derer, die sich heute mehr oder weniger bewusst als die Vergessenen betrachten, ist ja keineswegs homogen.

Da ist, erstens, die arbeitende Mittelschicht, die weder von Soziologen noch in ihrer Selbstbetrachtung als »Arbeiterklasse« bezeichnet würde (im Unterschied zu den USA übrigens, wo *working class* und *middle class* oft synonym gebraucht werden, und es sehr viel selbstverständlicher ist als hierzulande, sich selbst als Angehöriger der *working class* zu definieren). Büroangestellte, Installateure, Techniker, Arbeiter, die noch ein ordentliches materielles Auskommen haben, die sich aber mit Recht durch die globalen ökonomischen Veränderungen bedroht fühlen. Ihre Einkommen stagnieren seit Jahren, sie wissen auch, dass sie im Konkurrenzkampf heute leichter unter die Räder kommen können als noch vor zwanzig Jahren. Sie spüren, dass das Eis unter ihren Füßen dünner wird.

Diese Milieus sind nicht identisch mit jenen, die unmittelbare Angst vor dem ökonomischen Absturz haben müssen, und auch nicht mit denen, die hart arbeiten, aber nur sehr geringe Einkommen erzielen – etwa das neue Dienstleistungsproletariat (die Verkäuferin beim Anker, der Beschäftigten bei den Paketdiensten usw.).

Und schon gar nicht sind sie identisch mit denen, die überhaupt keine Jobs mehr finden, weil sie zu schlecht qualifiziert sind.

Und sie alle sind nicht identisch mit »den Armen«. Ganz im Gegenteil: Diese Bevölkerungsgruppen sind stolz darauf, dass sie ihre Familien mit ihrer Arbeit durchbringen und jubeln nicht automatisch über Sozialprogramme, die den Armen helfen.

Dennoch verbindet diese verschiedenen Milieus einiges: Sie alle haben das Gefühl, dass sie politisch keine wirklichen Fürsprecher mehr haben. Sie alle haben das Gefühl, dass Globalisierung und europäische Integration, aber auch der gesellschaftliche Wandel im Allgemeinen, für sie mehr Kosten als Nutzen generieren. Und mehr noch: Sie haben damit ja auch weitgehend recht. In der ökonomischen Debatte ist heute umstritten, ob noch mehr Handel und noch mehr deregulierte Kapitalmärkte für die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung – etwa das Wirtschaftswachstum – überhaupt noch Vorteile bringt, oder ob die Nachteile nicht längst überwiegen. Aber eines ist nicht umstritten: Dass, selbst wenn

es für »das Aggregat«, also eine Nation in Gesamtheit, Vorteile bringt, diese ungerecht verteilt sind, dass es also Gewinner und Verlierer gibt. Und diejenigen, die nicht zu den Gewinnern zählen, wissen nach zwanzig Jahren längst, dass für sie die Konkurrenz zunimmt, dass der Abwärtsdruck auf ihre Einkommen wächst, dass ihr sozialer und materieller Stress steigt – und dass die Formeln in den Sonntagsreden der Globalisierungsbefürworter für sie nur Gewäsch sind.

Diese Bevölkerungsgruppen haben oft das Gefühl, dass die etablierten Sozialdemokratien sich für sie meist nicht mehr interessieren, und dass deren Akteure selbst Teil einer etablierten, globalen Oberklasse geworden sind. Und damit haben sie zumindest nicht gänzlich unrecht.

Oder umgekehrt gesagt: Unsere Gesellschaften sind immer noch in Klassen zerrissen – aber wir haben nicht einmal ein klares Bild von diesen fortdauernden, harten Klassenrissen und von den neuen Klassenspaltungen.

3. EINE KULTURELLE ENTFREMDUNG

Progressive Parteien wie etwa die österreichische Sozialdemokratie waren immer ein prekäres Bündnis unterschiedlicher Milieus. Im Nachhinein erscheint uns all das allzu harmonisch: aber der lebenskulturelle Graben zwischen, beispielsweise, einem feinsinnigen linken Intellektuellen wie Max Adler und einem volkstümlichen Gewerkschaftsfunktionär aus der Obersteiermark wird auch in den 1920er-Jahren mehr gewesen sein als eine geringfügige Differenz in der Lebensart. Arbeiterklasse, das war immer: Der Mann ist der Herr im Haus, die Höhe des Einkommens ist für diese Arbeiter ein Maßstab für Maskulinität, für intellektuelle Verzärteltheiten hatte man nicht wirklich etwas übrig. Aber das Bündnis hielt, so irgendwie.

Seien wir nicht blauäugig: Auch in den heutigen »Arbeiterklassen«, bei den Arbeitern, in der arbeitenden Mittelschicht, in den verschiedenen Angestelltengruppen, im neuen Dienstleistungsproletariat, aber auch bei den ökonomisch völlig Abgehängten gibt es andere kulturelle Wertvorstellungen als in den progressiven Mittelschichten und in den Akademikermilieus in den Innenstädten.

Aber es kam noch etwas Neues und Zusätzliches hinzu: Die traditionellen Milieus haben das Gefühl, dass die Angehörigen der modernen Milieus auf sie und ihren Lebensstil herabsehen.

Und auch damit haben sie ja nicht völlig unrecht. Wir kennen das doch letztlich alle. Ich, beispielsweise, bin 1966 in Floridsdorf geboren, in die Reste proletarischer Kultur hinein, schon mein Vater machte den gesellschaftlichen Aufstieg (Opa war Chemiarbeiter, mein Vater brachte es schon bis zur HTL-Matura), aber diese sozialen Welten waren konventionell, kulturell konservativ, und wir Kinder der 70er- und 80er-Jahre wollten dem nur entkommen. Niemand hat diese Prozesse so hart und schonungslos beschrieben wie der linke französische Soziologe Didier Eribon in seinem Buch »Rückkehr nach Reims«. Seine Eltern waren Kommunisten, er ging nach Paris studieren, und muss sich retrospektiv eingestehen, dass er diese Welt hinter sich lassen wollte und dass er »für das real existierende Arbeitermilieu in meinem tiefsten Inneren vor allem Ablehnung empfand«. Heute wählt seine Familie den Front National. Nicht deshalb, weil sie rassistisch wurde (das war sie nämlich immer schon), sondern weil sie sich in ihren zentralen ökonomischen Anliegen von den vorhandenen Linksparteien nicht mehr vertreten fühlt.

Nun ist der gesellschaftliche Wandel heute so weit fortgeschritten, dass sich Linksparteien, wenn sie erfolgreich sein wollen, auf zwei Milieus oder Aktivisten- oder Wählersegmente stützen müssen, die beide ziemlich gleich groß sind: die modernen, linken oder linksliberalen urbanen Mittelklassen und die verschiedenen Segmente der oben beschriebenen Arbeiterklassen. Grob gesagt: Wenn eine Linkspartei knapp 40 Prozent der Stimmen ergattern will, dann wird jeweils die Hälfte der Stimmen aus diesen Milieus kommen. Aber diese Milieus unterscheiden sich dramatisch.

John Harris hat nach dem Brexit-Votum im *Guardian* einen großen Report über die Dilemmata der Labour-Party geschrieben. Titel: »Does the Left have a Future?« Darin gelingt ihm die überzeugende Analyse, dass die dramatischen Probleme der Linksparteien sich mit simplen Politikwechsel nicht einfach lösen lassen. Überspitzt könnte man ja sagen: Die Blairisten haben aus Labour eine Mittelschichtsozialdemokratie gemacht, die sich alleine an den Haltungen der erfolgreichen urbanen Mittelklassen orientierte und die Arbeiterklasse vergessen hatte. Also rückt man nach links, wählt Jeremy Corbyn zum Anführer und wird wieder Glaubwürdigkeit bei den einfachen Leuten gewinnen.

Aber so einfach ist das nicht: Corbyn selbst ist ja der Held der linken Studenten, der eher internationalistisch Gesinnten, der überzeugten Linken. Diese Gruppen wünschen sich eine

ganz andere Politik als Wähler aus der Arbeiterklasse, die für den Brexit stimmten, die finden, dass ihnen Immigranten den Job wegnehmen, und die finden, dass diese linken Akademiker sich nicht so viel mit Schwulenrechten oder Feminismus beschäftigen sollen. Ein simpler »Linksruck« wird nicht notwendigerweise dazu führen, aus diesen beiden Großmilieus wieder einen erfolgreichen progressiven Block zu formen. Schlimmer: Der Linksruck kann dazu führen, dass Corbyn die »normalen« Leute aus der politischen Mitte verliert, ohne dass er signifikant die Arbeiterklasse zurück gewinnt.

Die einen Milieus sind gegen Migration und Multikulti, die anderen für Internationalismus und menschenrechtliche Solidarität. Die einen sind für Protektionismus, die anderen haben durchaus Vorteile von der Globalisierung. Die einen haben Angst, die anderen wollen eher progressive Reformen. Die einen stimmten in überwiegender Mehrheit für den Brexit, die anderen in überwiegender Mehrheit gegen den Brexit. Das heißt: Zwischen diesen Milieus gibt es mehr als nur tiefe Gräben. Es gibt eine kulturelle Distanz, die kaum mehr überbrückbar erscheint.

4. DIE REALITÄT MIT KLAREN AUGEN SEHEN

Was können wir nun aus der Wahl von Donald Trump lernen? Erstens, dass wir diese oben beschriebenen Realitäten endlich mit klaren Augen sehen. Zweitens, nach dreißig Jahren, in denen die einfachen Leute den Preis für die neoliberale Globalisierung gezahlt haben und voller Frust sind, ist es einfach tödlich, wenn Linksparteien als Teil des politischen Establishments gesehen werden. Sie brauchen ein Programm und eine Rhetorik des radikalen Wandels und sie müssen erkennbar den Konflikt mit den globalisierten Eliten suchen, nicht den Kompromiss mit ihnen. Drittens, alles was als Arroganz gegenüber den normalen Leuten (und sei es auch nur fälschlich) angesehen werden könnte, muss weg. Christian Kern, der neue Parteivorsitzende der SPÖ, hat bei seiner Antrittsrede beim Parteitag im Juni einen wichtigen Satz gesagt: »Ich glaube, als ersten Schritt haben wir eines zu tun: Wir sollten den Satz aus unserem Vokabular streichen: ›Wir müssen rausgehen zu den Leuten.‹ Weil natürlich ist das nicht so gemeint, aber es kommt vielleicht herablassend an. Und es ist auch absurd und es ist auch falsch, weil was heißt das, ›wir wollen rausgehen zu den Leuten?‹ Wir sind die Leute! Wir sind die Leute und wir gehören zu diesen Leuten und diese Menschen gehören zu uns.« Viertens, heißt das noch lange nicht, dass man sich Vorurteilen der Arbeiterklassen anpassen muss. Es ist ja keineswegs so, dass diese Bevölkerungsgruppen wütend

sind, weil die »Kulturlinken« Themen wie ein drittes WC für Transgenderpersonen fordern, sie sind ja deshalb wütend, weil sie das Gefühl haben, solche Thematiken werde Augenmerk geschenkt, während ihrer ökonomischen und sozialen Lage überhaupt kein Augenmerk geschenkt wird. Fünftens: Jobs, die Einkommensentwicklung, bezahlbares Wohnen, Bildung und Lebenschancen für die Kinder und ähnliche Themen sind die Schlüsselfragen – wer nicht glaubwürdig verkörpert, dass es ihm darum geht, und wer nicht glaubwürdig klarmachen kann, dass er einen Plan hat (auch wenn es dann vielleicht langsam, nur Schritt für Schritt geht), der wird keine Chance haben. Sechstens: Die Netzwerke der Arbeiterbewegung haben die Lebenswelten in den unterprivilegierten Vierteln strukturiert, mit deren Niedergang sind aber schwarze Löcher entstanden, was dazu führt, dass die Menschen sich alleine gelassen fühlen. Moderne Strukturen, etwa in den Stadtteilen, müssen aufgebaut werden, etwa nach den Modellen des Community Organizing.

Siebtens: Macht nicht den Fehler, die Arbeiterklasse generell als frauenfeindlich, antifeministisch, ausländerfeindlich anzusehen. Selbst der ärgste Stahlarbeiter-Macho will in Zeiten der Ein-Kinder-Familie, dass seine Tochter alle Entwicklungschancen hat und einen guten, ordentlich bezahlten Job bekommt. Migranten, die sich anstrengen, die Chancen bekommen, die schnell in Deutschkurse kommen, die, kurzum: als hart arbeitende Leute angesehen werden, die aus ihrem Leben etwas machen (und die umgekehrt damit auch etwas zur Gesellschaft beitragen), werden nicht abgelehnt, sondern als anständige Leute, als »welche von uns« angesehen.

Achtens: Es müssen glaubwürdige Repräsentanten gefördert werden, die in diesen Milieus Anerkennung haben. Linksparteien sind heute vor allem von Leuten aus der akademischen Mittelschicht repräsentiert, aber in den Arbeitervorstädten sind viel zu oft Apparatschiks vom Typus der 1970er-Jahre präsent, die zwar glauben, sie haben das Ohr am Volk, die aber vom Volk am liebsten mit einem ordentlichen Fußtritt aus dem Wirtshaus befördert würden, wenn das Volk sich trauen würde. In den toten Parteiorganisationen kommen nur solche Apparatschiks hoch. Aber man muss gute junge Leute aus der arbeitenden Mittelschicht und der Arbeiterklasse hochkommen lassen.

All das ist ein Monsterprogramm. Zwischen »Problem erkannt« und »Problem gelöst« werden wohl mehr als nur ein paar wenige Tage liegen. Das ist aber nicht so schlimm, solan-

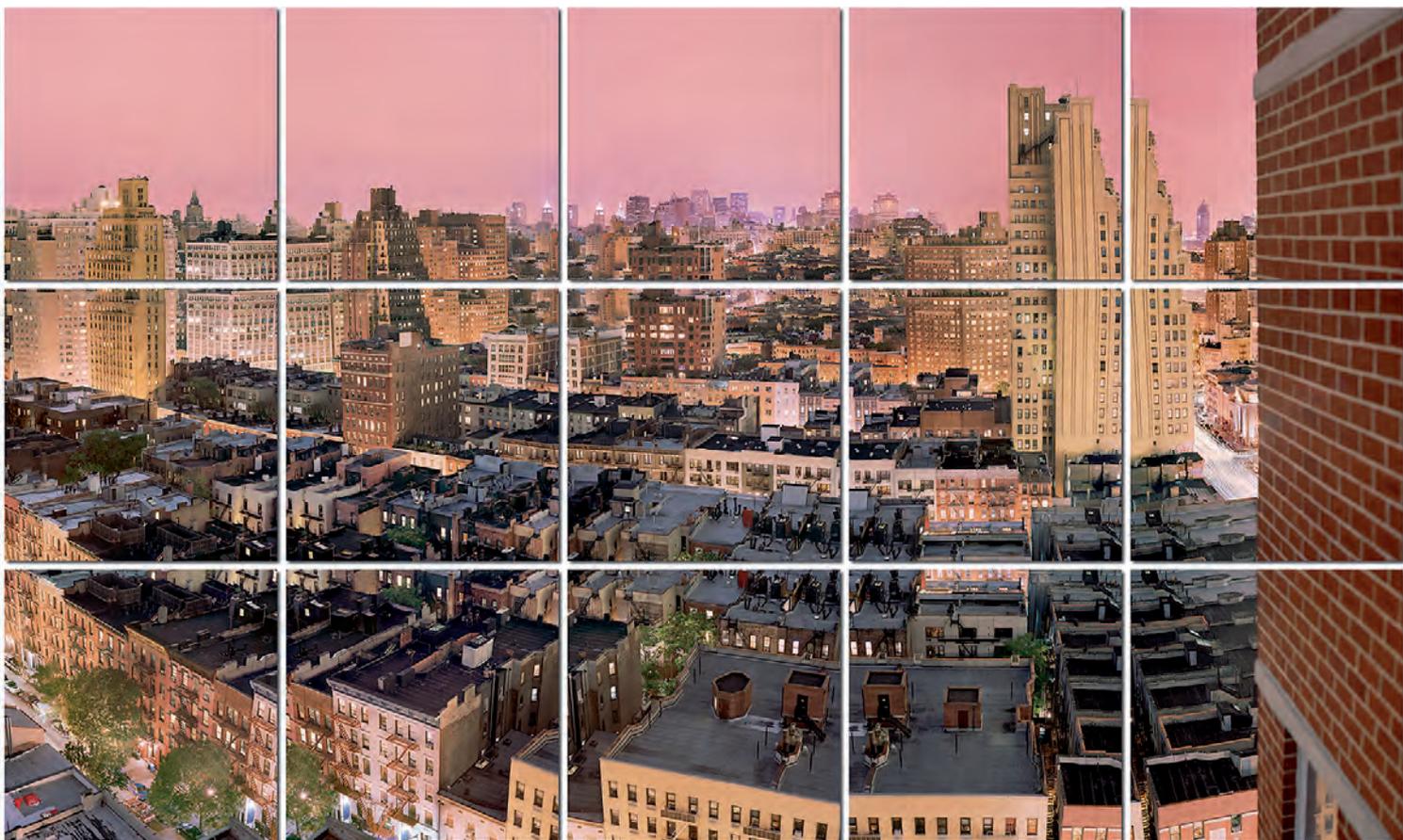
ge man die Herausforderungen endlich begreift, Konsequenzen zieht und die richtige Richtung einschlägt.

Dann ist das alte linke Bündnis aus Arbeiterklasse und progressiver Mittelschicht erneuerbar und der Aufstieg des rechten Populismus aufhaltbar. 

ROBER MISIK

ist Journalist und Autor in Wien und betreibt den Blog misik.at.
Zuletzt erschien im September 2016 sein biographischer Essay »Ein seltsamer Held: Der grandiose, unbekannte Victor Adler«.





Wolfgang Reichmann, NYC 2002_08_22/23, 2002,
pigmentbasierter Tintenstrahldruck auf Alu-Dibond, 30
Teile, 184 x 618 cm, Copyright: Wolfgang Reichmann

Warum wir gegen CETA stimmen werden

Die Politisierung des Freihandelsabkommens CETA hat eine Reihe negativer Aspekte zu Tage gefördert, die weit über ein reines Handelsabkommen hinausgehen. Wiewohl der Ratifizierungsprozess auf Scheine gestellt ist, ist er noch nicht abgeschlossen, denn die Abstimmung im Europäischen Parlament steht noch aus. Evelyn Regner stellt die Gründe dar, warum die SPÖ-EU-Delegation die Zustimmung verweigern wird.

Am Ende ging dann alles ganz schnell. Bei einem eilig anberaumten EU-Kanada-Gipfel am 30. Oktober – nur einen Tag nachdem die Wallonie ihr OK gegeben hatte und ganz Belgien dem Abkommen im Rat offiziell zustimmen konnte – wurde CETA, das »Comprehensive Economic and Trade Agreement« zwischen der Europäischen Union und Kanada unterzeichnet. »Ende gut alles gut«, kommentierte Kommissionspräsident Jean Claude Juncker. Aber am Ende ist der Ratifizierungsprozess von CETA noch nicht. Vorher müssen wir im Europäischen Parlament darüber abstimmen, dann könnte der Großteil des Abkommens – jener der in europäischer Kompetenz liegt – ab 2017 angewandt werden. Anschließend müssen dann noch alle 28 Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten das Vertragswerk ratifizieren, damit auch jene Teile, die wie die Investitionsgerichte in nationalstaatlicher Kompetenz liegen, zur Anwendung kommen.

Um gleich zu Beginn klar zu machen: Im Europäischen Parlament wird es voraussichtlich eine Mehrheit für das Freihandelsabkommen geben. Deshalb spricht Juncker bereits jetzt von – aus seiner Sicht – »Ende gut«. Aber um auch gleich klar zu machen: Diese Mehrheit wird ohne die Stimmen der SPÖ-EU-Delegation zustandekommen müssen, denn wir werden gegen CETA in der jetzigen Form stimmen. Im Folgenden möchte ich ausführen, warum wir SPÖ-EU-Abgeordneten zu dieser Entscheidung gekommen sind.

UNSERE KRITIK AN CETA

»Wer ohne Freihandel ist, werfe das erste iPhone« – mit solchen und ähnlichen populistischen Sprüchen haben Liberale und Konservative in der Debatte um CETA immer wieder ver-

sucht, all jene als AnhängerInnen des wirtschaftlichen Protektionismus zu diffamieren, die Kritik an dem Abkommen geäußert haben. Bei CETA geht es aber nicht um eine simple Diskussion über das grundsätzliche Für und Wider von Freihandel. Es steht außer Frage, dass der faire Handel mit anderen Staaten vorteilhaft für die EuropärInnen und auch für die ÖsterreicherInnen ist. Viele österreichische Arbeitsplätze hängen am Export von Gütern und Dienstleistungen. Zwar ist umstritten, ob CETA überhaupt positive wirtschaftliche Auswirkungen haben wird, aber man muss nicht gegen fairen Freihandel sein, um gegen CETA sein zu können – oder umgekehrt: Man kann gegen CETA sein, ohne fairen Freihandel grundsätzlich ablehnen zu müssen. Denn: CETA ist kein einfaches Freihandelsabkommen, sondern viel mehr und gleichzeitig auch viel zu wenig.

Das »Comprehensive Economic and Trade Agreement« zwischen der Europäischen Union und Kanada umfasst nicht nur den weiteren Abbau von Handelshemmnissen und die Organisation der Marktöffnung, sondern enthält ebenso Regelungen zum sogenannten Investorenschutz und greift durch Negativlisten was den Geltungsbereich betrifft, Sperrklinken- und Stillhalteklauseln tief in den Kompetenzbereich und den Handlungsspielraum staatlicher Politik ein. Gleichzeitig findet man im Abkommen viel zu wenige starke Regelungen zu Nachhaltigkeit, ArbeitnehmerInnenrechten, sowie Umwelt- und Gesundheitsstandards.

Insbesondere die enthaltene Investitionsschutzklausel stand und steht immer noch – zu Recht – im Zentrum der Kritik von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Die EU-Kommission legte dabei nach der Kritik an den ISDS-Schiedsgerichten

das sogenannte »Investment Court System« (ICS) als Vorschlag vor, das in solcher Form das erste Mal in CETA zur Anwendung kommen soll. Anders als bei den ISDS-Schiedsgerichten sollen Verhandlungen öffentlich und von RichterInnen und nicht von AnwältInnen geführt werden. Es stellt sich jedoch weiterhin die grundsätzliche Frage, ob Investitionsschutzmechanismen in Freihandelsabkommen zwischen Industriestaaten überhaupt notwendig sind. Investorenschutz dient doch in erster Linie dazu, Investitionen in weniger entwickelten Volkswirtschaften und Rechtssystemen abzusichern – so enthält etwa das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Australien überhaupt keinen Investitionsschutz-Streitbeilegungsmechanismus. Wozu auch? Warum sollte bei CETA die bestehende öffentliche Gerichtsbarkeit der europäischen Staaten und Kanadas nicht ausreichen? Warum sollen Unternehmen hier eine Sonderbehandlung erhalten? Vielmehr besteht die Gefahr, dass Investitionsgerichte die Handlungsspielräume für Staaten und ihre demokratischen Entscheidungen massiv einschränken. Außerdem stellt sich die Frage, ob diese Investitionsgerichte überhaupt mit dem geltenden EU-Recht vereinbar sind, da sie in Konkurrenz zum Europäischen Gerichtshof treten. Deshalb setzen wir uns im Parlament für eine Resolution ein, wonach der EUGH erstmal prüfen soll, ob CETA überhaupt mit EU-Recht vereinbar ist, bevor es in Kraft tritt.

Damit wären wir auch schon bei einem weiteren Streitpunkt von CETA. Freihandelsabkommen enthalten in der Regel einen Passus über den Geltungsbereich des Abkommens. Dabei gibt es verschiedene Ansätze und Möglichkeiten. Als SozialdemokratInnen bevorzugen wir den so genannten Positiven-Ansatz, bei dem alle Bereiche, die vom Abkommen umfasst werden, explizit aufgelistet werden müssen. Bei CETA kommt jedoch der so genannte Negativen-Ansatz zur Anwendung. Hierbei müssen alle Bereiche, die nicht vom Abkommen umfasst werden sollen, explizit aufgeführt werden. Dadurch sind alle in der Zukunft aufkommenden Wirtschaftsbereiche und Branchen automatisch Teil des Abkommens, unabhängig davon ob dies von der Bevölkerung und dem Gesetzgeber auch als sinnvoll betrachtet wird.

Ein weiterer kritischer Aspekt von CETA sind die sogenannten Sperrklinken- bzw. Stillhaltekláuseln. Eine Sperrklinke ist eine mechanische Vorrichtung, die das Rückwärtsdrehen eines Rades verhindert. Eine ähnliche Funktion in Bezug auf Liberalisierungen haben die Sperrklinkenkláuseln in CETA. Diese kommen dort zur Anwendung, wo bestimmte Gesetze den Zielen der Marktöffnung widersprechen und bspw. be-

stimmte Bereiche nicht im freien Wettbewerb stehen, diese Gesetze aber trotzdem unverändert bestehen bleiben dürfen. Werden solche Gesetze später geändert, dann darf das nur in eine Richtung, nämlich in jene von verstärkter Liberalisierung geschehen. In Kombination mit Stillhaltekláuseln bedeutet dies, dass Bereiche, die bereits im freien Wettbewerb stehen bzw. dorthin überführt werden, nicht mehr in die öffentliche Hand bzw. einen gesteuerten Wettbewerb rückgeführt werden können.

KOSTEN UND NUTZEN

Neben diesen Streitpunkten stellt sich natürlich die Frage, was CETA eigentlich bringt und was sich die BefürworterInnen von dem Abkommen erwarten. Auch hier gehen die Meinungen auseinander, aber selbst die optimistischsten Schätzungen gehen nur von sehr geringen Auswirkungen und einem Einkommenszuwachs in der EU von 0,03 bis 0,08 Prozent aus.¹ Die Arbeiterkammer hat für Österreich berechnet, dass durch CETA das Einkommen im Laufe eines Jahrzehnts um 0,016 Prozent oder 50 Mio. Euro steigen würde – das wären sechs Euro pro Kopf. Gut qualifizierte Menschen hätten dabei einen kleinen realen Einkommensgewinn, gering qualifizierte sogar einen kleinen Verlust. Im besten Fall würden etwa 450 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Nun ist klar, dass angesichts der Wachstums- und Arbeitslosenzahlen in Österreich und in Europa jeder zusätzliche Arbeitsplatz, jede Möglichkeit Wachstum zu generieren, wichtig sind. Arbeitsplätze und Wachstum schaffen – das geht aber nicht nur mit Freihandelsabkommen. So könnte z.B. allein die effektive Bekämpfung von Steuerflucht, durch die den europäischen Staaten jährlich rund 1.000 Milliarden entgehen, Mittel generieren, mit denen durch öffentliche Initiativen weit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten als selbst die größten CETA-BefürworterInnen dies dem Abkommen zutrauen. Angesichts der oben genannten Streitpunkte von CETA und der geringen positiven wirtschaftlichen Auswirkungen ist es letztlich mehr als angebracht, eine simple Kosten-Nutzen-Rechnung zu machen: Was bringt CETA und was kostet es? Sind es die sechs Euro pro ÖsterreicherIn wert, dass wir riskieren, unseren Handlungsspielraum als Staaten und Gesetzgeber massiv einzuschränken? Als SPÖ-EU-Delegation finden wir: Nein, das ist es nicht.

CETA, WIE WIR ES WOLLEN

Bereits vor Abschluss der Verhandlungen von CETA haben wir als SPÖ-EU-Delegation unsere Ziele und »roten Linien« im

Zusammenhang mit dem Abkommen klargestellt. Wir wollen keine Absenkung europäischer Arbeits-, Umwelt- und Produktstandards, ob direkt aus dem Abkommenstext abgeleitet oder als Folgewirkung eines Verdrängungswettbewerbs zwischen kanadischen und europäischen Produkten und Dienstleistungen. Wir wollen eine öffentliche, faire und gleiche Gerichtsbarkeit für alle – das Investment Court System stellt dabei aus unserer Sicht keine substantielle Verbesserung der ISDS-Schiedsgerichte dar. Und wir wollen keine Einschränkung regulatorischer Kompetenzen demokratisch legitimierter Institutionen. Es soll Regierungen in Zusammenarbeit mit Parlamenten möglich sein, gewisse Bereiche aus Liberalisierungsverpflichtungen auszuschließen bzw. sie in die öffentliche Hand zurückzuführen.

Diese Ziele werden auch von Bundeskanzler Christian Kern geteilt. Deshalb hat er sich sofort nach Beginn seiner Kanzlerschaft um Nachbesserungen bei dem, zum damaligen Zeitpunkt bereits fertig ausverhandelten, Abkommen bemüht. Die Zusatzklärung, die er schließlich der EU-Kommission abringen konnte, geht deshalb auf viele der genannten Punkte ein und bringt an einigen Stellen maßgebliche Verbesserungen mit sich. So sind die Investitionsgerichte von der vorläufigen Anwendung CETAs ausgenommen, das Vorsorgeprinzip für die Einführung von Produkten und Lebensmitteln, abgesichert durch das EU-Primärrecht, bleibt gewahrt und die Entscheidung, ob öffentliche Dienstleistungen oder der soziale Wohnbau privatisiert werden sollen, entscheidet Österreich weiterhin selber.

Obwohl die erreichten Verbesserungen nicht zu 100 Prozent die Wunschvorstellungen Bundeskanzler Kerns erfüllten, entschied er sich, die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens durch die Europäische Kommission nicht weiter zu blockieren. Zum einen, da der Koalitionspartner ÖVP alle diese Bedenken nicht teilt und zum anderen, da innerhalb der Europäischen Union der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit besteht. Es ist für die Handlungsfähigkeit der Union entscheidend, dass Kompromisse gefunden werden, denen 28 Staaten zustimmen können und nicht alle großen Projekte durch einzelne Staaten zerstört werden. Es besteht ein großer Unterschied darin, ob eine Mehrheit eine Maßnahme blockiert, oder ob dies durch die Minderheit, oder gar einen einzelnen Staat passiert.

Im Europäischen Parlament gilt in dieser Frage nicht das Einstimmigkeitsprinzip, sondern es werden grundsätzlich

Mehrheitsentscheidungen getroffen. Als Abgeordnete sind wir daher in einer anderen Position als die VertreterInnen der Regierungen im Rat. Wir erkennen die Fortschritte, die der Bundeskanzler im Rahmen der Verhandlungen erreicht hat an und können seine Haltung nachvollziehen. Das Zwischenergebnis deckt sich allerdings noch zu wenig mit unseren oben genannten Forderungen, die wir bereits vor Jahren aufgestellt haben. Deshalb setzen wir uns als SPÖ-EU-Delegation weiterhin für Verbesserungen bei CETA ein und werden dem Vertrag, so wie er jetzt vorliegt, die Zustimmung verweigern. Die Zusatzklärung ist zwar rechtlich bindend, sie ändert jedoch nichts an den Vertragsbestimmungen in CETA, am Negativlisten-Ansatz und an den Sperrklinken- und Stillhalteklauseln, sondern dient lediglich der Interpretation der Vorschriften, falls Zweifel aufkommen.

GLOBALISIERUNG FAIR GESTALTEN

Im Kern geht es bei der Debatte um Freihandelsabkommen wie CETA darum, Globalisierung fair und sozial gerecht zu gestalten. Zunehmende innernationale und internationale soziale Ungleichheit gibt immer mehr Menschen das Gefühl, dass nicht sie es sind, die von einer global vernetzten Wirtschafts- und Arbeitswelt profitieren. Immer mehr haben das Gefühl, dass Regierungen und Staaten machtlos den Interessen multinationaler Konzernen ausgeliefert sind. Damit haben sie nicht Unrecht, denn dies sind die realen Folgen eines jahrzehntelangen neoliberalen Irrwegs inklusive massiver Deregulierungen. Es ist daher eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, das Primat der Politik über die Ökonomie wiederherzustellen – damit es wieder die staatlichen Gesetzgeber sind, die entscheiden, wie wirtschaftliches Handeln gestaltet werden soll. Dies gelingt aber nicht – wie manche meinen – durch nationalstaatliche Abschottung, sondern indem wir mitspielen und klare Regeln für globales Wirtschaften festsetzen.

Für die zukünftige Ausrichtung der europäischen Handelspolitik und zu verhandelnder Abkommen ist deshalb ein grundlegender Paradigmenwechsel notwendig. In der S&D-Fraktion haben wir nach den Kontroversen um die aktuellen Freihandelsverträge bereits eine Grundsatzdebatte über Mindeststandards künftiger Handelsverträge gestartet. Abkommen der Zukunft müssen neben dem freien auch den fairen Handel fokussieren. Sie müssen neben der Organisation der Marktöffnung auch starke Regelungen zu Nachhaltigkeit, ArbeitnehmerInnenrechten, Umwelt- und Gesundheitsstandards enthalten und klare Sanktionsmechanismen formulieren. Und schließlich müssen die Verhandlungsprozesse zukünftiger Ab-

kommen von breiter öffentlicher Konsultation begleitet werden, in die Akteure von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und ArbeitnehmerInnenvertretung eingebunden werden.

Als Europäische Union sind wir der größte Markt der Welt – alle wollen mit uns handeln. Deshalb haben wir auch die (Markt-)Macht, unsere arbeits- und umweltrechtlichen Standards durchzusetzen und dafür zu sorgen, dass auch multinationale Konzerne Steuern auf ihre Gewinne bei uns zahlen. Wir müssen nur alle wollen. 

EVELYN REGNER

ist Leiterin der EU-Delegation der SPÖ
und Abgeordnete zum Europäischen Parlament.





Samuel Gratacap, Ohne Titel 10, aus der Serie »Empire, Choucha refugee camp«, 2012-2014, Foto auf Fine Art Papier, Dibond, 56 x 70 cm, Copyright: Samuel Gratacap, Courtesy: Galerie Les filles du calvaire

Eine belgische Lösung

Zwischen 2009 und 2014 verhandelten die Europäische Kommission und Kanada weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ein Freihandelsabkommen, das seit 2014 zur Unterzeichnung durch die europäischen Institutionen und EU-Mitgliedsstaaten auflag. Zumal es vielfach als Testfall für das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA betrachtet wurde, fand in den letzten Monaten eine umfangreiche Politisierung mit einem spannungsreichen Vertragsabschlusskrimi statt, der sich vor allem auf Belgien konzentrierte. Thomas Maes stellt die Situation aus der belgischen Perspektive dar.

Im Oktober 2016 blockierten drei belgische Regionalparlamente, die eine Gesamtbevölkerung von 4,3 Millionen Menschen repräsentieren, die Unterzeichnung des »Comprehensive Economic and Trade Agreement« (CETA) zwischen der Europäischen Union und Kanada für elf Tage. Vergleiche zwischen dem sozialistischen Premierminister der Region Wallonien, Paul Magnette, und dem Comic-Helden Asterix waren rasch gezogen. Wie konnte es so weit kommen und was ist dadurch zu erwarten?

DIE KÖNIGSFRAGE

Am 12. März 1950 stimmten die belgischen WählerInnen in der ersten und einzigen Volksabstimmung in der Geschichte des Landes über die Frage ab, ob König Leopold III. die Rückkehr aus dem Schweizer Exil gestattet werden sollte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dem belgischen Monarchen nahegelegt worden, dort provisorisch seinen Wohnsitz aufzuschlagen, bis sein Verhalten während des Krieges geklärt sein würde. In der Zwischenzeit wurde unter Berufung auf Artikel 93 der belgischen Verfassung, der die »Unmöglichkeit« des Königs zu regieren behandelte, eine weniger kontrover-sielle Regentschaft installiert.

Als die Parlamentswahl im Juni 1949 einen Wahlsieg der Konservativen brachte, versuchte die neue Regierung die »Königsfrage« ein für alle Mal zu klären und dem König eine Rückkehr zu ermöglichen, wobei sie auf das der belgischen Verfassung fremde und bislang nie dagewesene Instrument der Volksabstimmung zurückgriff. Das Ja-Lager, bestehend aus der Regierung, ihren Unterstützenden in der Agrarlobby und

der einflussreichen katholischen Kirche, argumentierte, dass das Verhalten des Königs während des Krieges – insbesondere bezogen auf die vorauseilende Kapitulation der belgischen Armee im Mai 1940, ein unterwürfiges Vier-Augen-Gespräch des Königs mit Hitler im November 1940 und (vielleicht das Schlimmste für manche WählerInnen) eine illegale kirchliche Verheiratung des Königs mit seinem Kindermädchen im Dezember 1941 – vielleicht fragwürdig, aber nicht völlig inakzeptabel war. Es wäre an der Zeit, so das Pro-Leopold-Lager, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Das Nein-Lager, bestehend aus dem Rest des politischen Spektrums, von Kommunisten über Sozialisten bis zu Liberalen und Gewerkschaften, betrachtete den König als einen Nazi-Kollaborateur, und wünschte eine Fortsetzung der vorläufigen Regentschaft, vielleicht auch als Vorspiel für eine eventuelle Abschaffung der Monarchie.

Nach einem spannungsgeladenen Wahlkampf stimmten 58% der WählerInnen für die Rückkehr des Königs. Bei daraufhin abgehaltenen Neuwahlen des Parlaments gewannen die Pro-Leopold-Parteien wiederum eine Mehrheit und Leopold III. kehrte am 22. Juli 1950 nach Belgien zurück. Die belgischen Gewerkschaften riefen erfolgreich zu einem Generalstreik auf, der am 30. Juli bei Grace-Berleur in der Nähe von Liège zu vier Todesopfern führte, als die Gendarmerie das Feuer auf Demonstrierende eröffnete. Angesichts der nahezu revolutionären Stimmung in einem gespaltenen Belgien zwang die Regierung König Leopold am Tag darauf neuerlich, eine Regentschaft und im Jahr darauf schließlich seine endgültige Abdankung zu akzeptieren. Wieder einmal war

eine »belgische Lösung« gefunden worden: Nie wieder sollte es ein weiteres Referendum geben.

Der Konflikt um die »Königsfrage« markierte in vielerlei Hinsicht einen Wendepunkt: Nicht nur hatte die Macht der Gewerkschaften den Willen einer Regierung gebrochen; auch war eine politische Frage zu einer gefährlichen Identitätsfrage geworden. Die klare Mehrheit für das »Ja« verbarg eine dramatische regionale Spaltung des Landes: Die ärmeren, ländlichen flämisch-sprachigen Provinzen des Nordens stimmten mit überwältigender Mehrheit für »Ja«, mit bis zu 80% im ruralen Nordosten Belgiens. Im Gegensatz dazu stimmten die entwickelteren französischsprachigen Industrieregionen des Südens (Wallonie) mehrheitlich mit »Nein« – mit etwa 70% in der bedeutendsten Industriestadt von allen, in Charleroi. In der Hauptstadt Brüssel war das Rennen zwischen dem »Ja« und dem »Nein« nahezu mit unentschieden ausgegangen: 52% stimmten mit »Nein«.

Die Entscheidung der Regierung, den mehrheitlichen Volkswillen zu ignorieren, hatte genauso viel mit dem aufrichtigen Wunsch zu tun, weiteres Blutvergießen zu vermeiden, wie mit der Furcht, eine harmlose Referendumsfrage hätte die Büchse der Pandora geöffnet und die Spannungen zwischen den Gemeinschaften verschärft. Bis dahin waren diese Spannungen, wie in anderen Ländern auch, auf lokale Fragen wie Volksschulen und Orts- und Straßenschilder beschränkt gewesen und rasch gelöst worden. Zwar existierte eine flämische nationalistische Bewegung, jedoch war sie um 1950 durch ihre Kollaboration mit den deutschen Besatzern diskreditiert und stellte keinen politischen Faktor dar. Nun hatten sich die Gegensätze aber zugespitzt: Wenn die Polarisierung in der Königsfrage so klar entlang der Grenze der Gemeinschaften verlief, wie sollte verhindert werden, dass diese Spaltung auch bei jedem anderen Thema zum Tragen kommen würde?

ZWEI DEMOKRATIEN

So kam es zur Ausbildung eines politischen Systems, das ein prominenter Politiker der Rechten, Bart De Wever, als »zwei Demokratien« bezeichnete: Ganz egal, wie viele »belgische Lösungen« man fand, um die Lücken in der belgischen Verfassungsstruktur zu stopfen, die hartnäckige Divergenz zwischen den politischen Ansichten und dem Stimmverhalten zwischen den Gemeinschaften blieb bestehen. Diese Divergenz blieb auch angesichts des langandauernden Niedergangs der wallonischen Industrie und dem parallel dazu stattfindenden wirt-

schaftlichen Aufstieg Flanderns erhalten. Die politische Geschichte Belgiens ist eine Geschichte des Aufeinanderfolgens von Kompromissen, kulminierend in der belgischsten aller belgischen Lösungen: der Etablierung der derzeit bestehenden politischen Struktur.

Die Feinheiten der belgischen Verfassung sind dergestalt, dass man ihnen auch auf mehr Seiten, als hier zur Verfügung stehen, nicht gerecht werden könnte. Hier soll daher nur eine allgemeine Beschreibung der Strukturen aufgezeigt werden, wie sie zwischen dem Referendum zur »Königsfrage« und der Gegenwart entwickelt wurden. Mit Stand 2016 ist das Territorium Belgiens in vier rigide definierte Sprachgebiete geteilt: drei im Großen und Ganzen monolinguale Gebiete, die den drei offiziellen Landessprachen Belgiens entsprechen (Niederländisch im Norden, Französisch im Süden, und einem kleinen deutschsprachigen Gebiet im Osten) sowie das städtische Zentrum Brüssel, wo sowohl Französisch als auch Niederländisch offizielle Sprachen darstellen.

Auf dieser Karte bestehen drei unterschiedliche, aber gleichberechtigte Regierungs- und Verwaltungsebenen. Als Ergebnis der langjährigen flämischen Bestrebungen nach kultureller Autonomie und Freiheit von einer als erdrückend empfundenen französischsprachigen Übermacht, verfügt jede der drei Gemeinschaften über ein Parlament und eine Regierung. Diese üben exklusive Kompetenzen in sogenannten »persönlichen« Bereichen des Kulturellen und der Bildung aus. In der Hauptstadt Brüssel üben die flämischen und französischen Gemeinschaften diese Kompetenzen über ein Netz von lokalen Institutionen aus, deren Beschreibung den Platz dieses Artikels sprengen würde. Außerhalb von Brüssel übt jede Gemeinschaft diese Macht in den jeweiligen Sprachregionen aus.

Darüber hinaus führte der Wunsch der industriellen Wallonie, ihre Wirtschaftspolitik autonomer gestalten und sich von Einmischungen der provinziellen Flämischen Region freimachen zu können, dazu, dass die beiden dominierenden Sprachgebiete auch »regionale« Parlamente und Regierungen erhielten. Diese üben Kompetenzen in sogenannten »Landes«-Fragen aus, nämlich in Fragen der Wirtschaft, des Transports und des Handels. In Brüssel liegen diese Kompetenzen in den Händen eines weitgehend äquivalenten lokalen Parlaments und einer Regionalregierung der Region Brüssel-Hauptstadt. Die übrigen, nicht-delegierten Kompetenzen betreffen Außenpolitik, Besteuerung und Justiz und werden von einer belgischen föderalen Regierung ausgeübt.

Diese Verfassungsordnung ist in verschiedener Hinsicht einzigartig: Nicht nur erinnert dieses Gewirr an Kompetenzen und Institutionen an den Verkehr im Zentrum Brüssels in der Stoßzeit; das Prinzip der exklusiven Kompetenzen ist auch insofern ungewöhnlich, als es keine definierte Rangordnung zwischen den verschiedenen Parlamenten und Regierungen gibt. Die föderale Regierung verfügt über eine vage formulierte »Koordinationspflicht« zwischen den verschiedenen politischen Ebenen, sofern dabei nicht Entscheidungen betroffen sind, die laut Verfassung in die Kompetenz der Gemeinschaften oder Regionen fallen. Von außen betrachtet, besteht die belgische Regierung daher nicht nur aus der föderalen Regierung, sondern aus allen regionalen und Gemeinschaftsregierungen zusammen. Um alles noch komplizierter zu machen, haben aufeinanderfolgende Wellen der Übertragung von Regierungsgewalt in vielen Fragen Kompetenzen auf mehrere Verwaltungsebenen verteilt, wodurch die Notwendigkeit immer neuer »belgischer Lösungen« verstärkt wurde. Insbesondere müssen jeweils neu verhandelte internationale Verträge nicht nur von der föderalen Regierung (die die Zuständigkeit in Fragen der Außenpolitik hat), sondern auch von jedweder anderen Ebene, die über irgendeine Art von Kompetenz zu den darin abgehandelten Fragen verfügt, ratifiziert werden, was zu immer neuen Formen von Kuhhandel führt.

VON SINGAPUR ZUR UKRAINE

Angesichts des politischen Minenfelds, das vom Wirrwarr an Regierungs- und Verwaltungsebenen mit ihren Kompetenzen gebildet wird, war die ursprüngliche stillschweigende Annahme zunächst, dass die Regierungen der jeweiligen Entitäten und die belgische föderale Regierung stets von ähnlichen politischen Arrangements mit ähnlich gesinnten politischen Parteien beider Gemeinschaften dominiert werden würden. In den letzten Jahrzehnten war dies auch der Fall, jedoch haben neuerdings gegensätzliche und einander verstärkende Trends auf beiden Seiten der Sprachgrenze zu erstaunlichen Asymmetrien geführt, die dazu beigetragen haben, dass Belgien heute auf der Ebene des föderalen Staates von einer ungleichen Koalition aus drei flämischen und einer französischsprachigen Partei geführt wird.

Das heutige Flandern würde für einen Zeitreisenden aus dem Jahr 1950 nicht wiederzuerkennen sein: Die ehemals rurale, provinzielle und arme Region, die für die Rückkehr Leopolds III. stimmte, ist heute eine hoch entwickelte prosperierende Gesellschaft mit einem florierenden Dienstleistungssektor, die ökonomisch eng mit dem dynamischen Hafen von

Antwerpen verbunden ist. Politisch ist der Flandern traditionell dominierende engstirnige Konservatismus einer Reihe von bizarr anmutenden Rechtspopulisten gewichen, geführt von einer Reihe von »starken Männern«; einer davon, Jean-Marie Dedecker, war ein ehemaliger Judo-Coach, dessen wesentliche politische Leistung darin bestand, im Parlament eine zweistündige Lesung aus dem thailändischen Telefonbuch zu veranstalten, um die Verabschiedung eines Gesetzes für ein lokales AusländerInnenwahlrecht zu verzögern (das trotz dieser Obstruktion durchgesetzt werden konnte). Im Moment wird die Rechte in Flandern von Bart De Wever geführt, nach außen hin ein separatistischer Führer mit autoritären Tendenzen, von dem gemunkelt wird, er kontrolliere sowohl die flämische als auch die belgische Regierung von seinem Bürgermeisterstuhl in Antwerpen aus.

Im Gegensatz dazu zeigt ein kurzer Streifzug durch die ehemaligen industriellen Herzkammern der Wallonie, dass die Geschichte diese Region sehr stiefmütterlich behandelt hat. Die Gegenden, die durch ihre Kohle- und Eisenvorkommen reich wurden, sind durch den Niedergang des industriellen Sektors schwer getroffen worden, und man kann die Beobachtung des erfolgreichen niederländischen Schriftstellers Arnon Grunberg nachvollziehen, der bemerkte: »Als wir einmal in der Wallonie von der Autobahn abkamen, sind wir in der Ukraine gelandet«. Im Gegensatz zu den meisten anderen deindustrialisierten Regionen Europas, hat der Niedergang der Industrie in der Wallonie nicht zu einem Niedergang der politischen Linken geführt: Die Gewerkschaftsbewegung, die letztendlich Leopold III. gestürzt hatte, blüht und gedeiht, und wenn man von drei Jahren in den frühen 1980ern absieht, hat es die wallonische Sozialistische Partei (PS) geschafft, an der Macht zu bleiben – trotz einer Reihe von spektakulären Korruptionsskandalen. Spiegelbildlich zu Bart De Wever ist es auf Seiten der französischen Gemeinschaft der ehemalige sozialistische Premierminister und heutige Bürgermeister von Mons, Elio Di Rupo, dem nachgesagt wird, die graue Eminenz der Regierungen der Wallonie, Brüssels und der französischen Regionalregierung zu sein.

Die merkwürdige institutionelle Architektur Belgiens, wo jedeR WählerIn nur für Parteien der eigenen Gemeinschaft stimmen kann, führt dazu, dass sich die Langzeitrends in Flandern und der Wallonie gegenseitig verstärken: Je mehr die flämischen Separatisten der Neuen Flämischen Allianz (N-VA) und die wallonische Sozialistische Partei (PS) übereinander herziehen, desto stärker wird ihre jeweilige Po-

sition innerhalb ihrer Gemeinschaft, und desto mehr vertieft sich die Spaltung zwischen Belgiens beiden Demokratien.

GANZ GALLIEN?

NEIN ...

Im Jahr 2016 kollidierten die zwei Demokratien in der Frage der Ratifizierung des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen der EU und Kanada. Als umfassender Vertrag berührte CETA nicht nur (die Regionen betreffende) Handelsfragen, sondern enthielt auch Klauseln, die in die Kompetenzen der föderalen Regierung und der Gemeinschaften fallen, und bedurfte daher der Ratifikation durch alle sechs belgischen Parlamente sowie auch des 25-köpfigen Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft (die 75.000 Personen umfasst, denen eine Vorliebe für Würste nachgesagt wird). So wie in allen anderen europäischen Parlamenten, und wie es mit den meisten intergouvernementalen Verträgen so läuft, ging die EU-Kommission davon aus, dass CETA einfach durchgepeitscht werden könnte – trotz leiser Kritik, die man seit April aus der Wallonie vernahm.

Tatsächlich stimmten die rechten Mehrheiten auf der föderalen Ebene und in Flandern begeistert für CETA, in der Hoffnung, dass der Vertrag dem Hafen Antwerpen mit seinen Verbindungen zu Kanada nützen würde, während die sozialistisch-geführten Mehrheiten in der Wallonie, der Hauptstadt Brüssel und dem Parlament der französischen Gemeinschaft entschieden, dass für sie kein Grund bestünde, ihre (auch von einem Großteil der Linken in Europa geteilten) Einwände gegen CETA hintanzustellen. Die Ablehnung der Ratifikation würde nicht nur einen verhassten Vertrag stoppen, sondern auch eine willkommene Gelegenheit bieten, den auf der föderalen Ebene regierenden flämischen Nationalisten und Liberalen eins auszuwischen. Es half zudem, dass der kleine Koalitionspartner der Sozialisten in der Wallonie auf Stimmen aus der wallonischen Landwirtschaft angewiesen war, die von CETA stark betroffen sein würde. Die Schlussfolgerung war also relativ naheliegend: Die drei Parlamente verabschiedeten Resolutionen, in denen sie sich gegen die Ratifikation von CETA aussprachen, versetzten damit dem Selbstwertgefühl der EU-Kommission und auch den Reiseplänen des kanadischen Premierministers Trudeau einen schweren Schlag, während sie dem wallonischen Premierminister Magnette und seinem konservativen Koalitionspartner André Antoine zu einem Platz im Rampenlicht verhalfen, nämlich als wiedergeborenes Gallier-Duo Asterix und Obelix.

EINE NEUE BELGISCHE LÖSUNG

Was folgte, war eine elftägige Achterbahnfahrt, abwechselnd eine Schlammschlacht inklusive solcher Höhepunkte wie der Live-Zusammenbruch einer kanadischen Ministerin vor laufenden Kameras, der Aufruf der belgischen Liberalen, die Verfassung zu ignorieren und die Ratifikation auf der föderalen Ebene durchzusetzen, der abfällige Artikel eines Spießgesellen von Bart De Wevers, in dem dazu aufgerufen wurde, CETA überall, außer in der Wallonie in Kraft treten zu lassen, und eine vielbeachtete Rede des EU-Kommissars Günther Oettinger in der er, neben vielen anderen zu beanstandenden Statements, die Wallonie als eine »Mikroregion« bezeichnete, die von »Kommunisten« geführt werde. Am Ende dieses elftägigen Schauspiels wurde deutlich, dass Magnette und Antoine einer neuen belgischen Lösung zustimmen würden müssen. Hastig wurde eine »Zusatzklärung« zusammengebastelt und dem Vertrag hinzugefügt, in der klargestellt wurde, dass alle belgischen Parlamente der Unterzeichnung des Vertrages zustimmten, und dass CETA provisorisch in Kraft treten würde, allerdings unter Ausschluss der kontroversiellen Passagen betreffend Investitionsschutz und landwirtschaftliche Produkte. Die Entscheidung, ob der Vertrag letztendlich nach Klärung dieser strittigen Fragen ratifiziert werden würde, wurde aufgeschoben. Die »Zusatzklärung« stellte nochmals klar, dass die letztendliche Ratifizierung wiederum die Zustimmung aller belgischen Parlamente benötigen würde.

Im Zuge dieser erfindungsreichen Lösung konnte der Vertrag schließlich unterzeichnet werden. Nachdem dann noch die Maschinenprobleme gelöst werden konnten, die Trudeaus Flugzeug zu einer Umkehr und Notlandung in Ottawa zwangen, erreichte der kanadische Premierminister schlussendlich doch noch Brüssel, und eine etwas reduzierte Unterzeichnungszeremonie fand statt. Die CETA-Dampfwalze schien weiter zu rollen. Aber tut sie das tatsächlich? Der Kampf um die Ratifizierung von CETA wirft einige interessante Fragen auf. Zunächst ist CETA nicht ratifiziert worden und die drei Parlamente haben noch nichts unterschrieben. Die letztendliche Ratifikation soll erst erfolgen, wenn das vorgeschlagene System der Investitionsgerichte vollständig etabliert ist und sobald klar ist, dass die politische Hochburg der wallonischen Konservativen, die Ardennen, nicht mit billiger kanadischer Milch überflutet werden würden. Aber die politischen Grundkonflikte sind die gleichen geblieben: Wie es in der belgischen Politik üblich ist, ist es nicht unwahrscheinlich, dass das Provisorium zu einem Definitivum wird und dass CETA niemals ratifiziert werden wird. In diesem Fall wird CETA wohl proviso-

risch in Kraft bleiben – und zwar für immer. Das Handeln der drei widerspenstigen Parlamente hat ein für alle Mal klargestellt, dass die Ratifikation von so bedeutsamen Verträgen wie CETA keine bloße Formalität ist. Heute weiß es ganz Europa: Wenn eine parlamentarische Versammlung die Möglichkeit hat zu ratifizieren, so kann sie es genauso gut auch bleiben lassen. Das ermöglicht den europäischen Parlamenten zumindest in Zukunft, sich bei Verträgen dieser Art stärker als zuvor einzubringen und, was noch wichtiger ist: Es wird wahrscheinlich die Haltung der EU zur Handelspolitik für immer verändern. Statt heftig umstrittene Investitionsschutzklauseln durchzusetzen, wird es in Zukunft wohl eine stärkere Fokussierung und Beschränkung auf reine Handelsfragen geben, die auf der europäischen Ebene auch ohne Ratifikation durch die Mitgliedsstaaten vereinbart werden können. 

THOMAS MAES

war von 2011 bis 2015 gewählter Generalsekretär der Young European Socialists (YES, vormals ECOSY), ist derzeit als Fachreferent im Bereich der Forschungspolitik tätig und in der flämischen Socialistische Partij Anders (sp.A) aktiv. Der vorliegende Text wurde von Paul Dvořák aus dem Englischen übersetzt.



Julian Röder, World of Warfare 3, 2011, C-Print,
Größe variabel, Copyright: Julian Röder,
Courtesy: Galerie Russi Klenner, Berlin

CETA ist TTIP durch die Hintertür

Freihandelsabkommen auf europäischer Ebene werden immer stärker von zivilgesellschaftlichen Protesten begleitet, die auf die Aushöhlung sozialer Rechte, wachsende Konzernmacht und Demokratieabbau hinweisen. Attac-Vorsitzende Alexandra Strickner erläutert die problematischen Hintergründe des Abkommens und des Verhandlungsprozesses und ruft zur Unterzeichnung des im Jänner stattfindenden Volksbegehrens gegen CETA, TTIP und TISA auf.

ZUKUNFT: Freihandel, so heißt es seit den 1990er Jahren, stelle ein Programm der wirtschaftlichen Entwicklung mit Vorteilen für alle Länder dar. Hat ATTAC nur Probleme mit Abkommen wie CETA oder mit Freihandel im Allgemeinen?

Alexandra Strickner: ATTAC hat sich seit seiner Gründung kritisch mit dem sogenannten Freihandel und dessen Institutionen – wie der Welthandelsorganisation WTO – auseinandergesetzt. Die erste große Kampagne von ATTAC war 2002 jene gegen das globale Dienstleistungsabkommen GATS, das im Rahmen der WTO-Doha Runde ausgeweitet werden sollte. Wichtig ist dabei auch, die Rolle der heute verhandelten Abkommen und der dazugehörigen Institutionen zu verstehen. Es geht im Kern dabei nicht mehr um Handel bzw. Handelspolitik, sondern um die völkerrechtliche Festschreibung von Liberalisierungen, neuen Konzernrechten etc. im Rahmen solcher Verträge. ATTAC setzt sich dagegen für einen gerechten Welthandel und eine Handels- und Investitionspolitik ein, die Menschen, Natur und Demokratie ins Zentrum stellt und nicht die Interessen global agierender Konzerne. Wir sind also für Handel, aber gegen Abkommen, so wie sie derzeit verhandelt werden. Der ideologische Begriff »Freihandel« ist übrigens irreführend: Er bringt zwar mehr Freiheit für Konzerne, zugleich aber Unfreiheit für alle anderen Betroffenen, etwa Beschäftigte, BäuerInnen oder kleine und mittlere Unternehmen.

Wenn Freihandel nicht das Maß aller Dinge ist – welche Handelspolitik sollte die EU eigentlich betreiben?

Handel ist an sich kein Ziel, sondern muss Mittel zum Zweck sein. Wir stehen gegenwärtig vor unzähligen Herausforderun-

gen: steigende Arbeitslosigkeit, Klimawandel, zunehmende Ungleichheit und Ressourcenknappheit – um nur einige zu nennen. All diese Probleme sind die Folge der Art und Weise, wie wir derzeit wirtschaften. Wenn wir allen Menschen heute und in Zukunft ein gutes Leben ermöglichen wollen, bedarf es einer radikalen Änderung der Wirtschaftsweise: weg von der aktuellen wirtschaftlichen Globalisierung hin zu einer emanzipatorischen wirtschaftlichen Regionalisierung, die ohne fossile Energie und mit weniger Ressourcen auskommt, zugleich aber ein gutes Leben für alle sicherstellt.

Das bedeutet auch eine Änderung des Ziels der EU-Wirtschafts- und somit Handelspolitik, weg von der Stärkung globaler Wettbewerbsfähigkeit bzw. der Wachstumsorientierung, hin zur einer sozial-ökologisch nachhaltigen Wirtschaft. Handelspolitik muss darin zum einen sozial-ökologische wirtschaftliche Strukturen in der EU vor unfairer Importkonkurrenz schützen – bzw. muss die EU anderen Ländern das ebenso zugestehen. Globaler Handel wird darin komplementär, solidarisch und subsidiär organisiert. Die Handelspolitik ist so gestalten, damit das ermöglicht wird. Ein Beispiel: Statt einer EU-Agrarpolitik, die auf das Erzeugen von Exportüberschüssen abzielt, die über die Öffnung von Märkten via Handelspolitik außerhalb der EU abgesetzt werden, soll der Fokus auf einer EU-Agrarpolitik liegen, die Rahmenbedingungen schafft, in denen ausreichend leistbare, ökologisch nachhaltig erzeugte Lebensmittel ermöglicht werden, ohne dass dabei auf Ressourcen wie Land oder Wasser in anderen Regionen der Welt zurückgegriffen wird. Teil dieser Agrarpolitik ist dann auch, dass Bauern und Bäuerinnen existenzsichernde Einkommen erhalten, die vor allem durch einen gerechten Marktpreis ermöglicht werden. Die EU-Handelspolitik würde diese Pro-

duktion schützen und sicherstellen, dass über Handelsabkommen der Handel mit jenen Produkten ermöglicht wird, die in der EU nicht erzeugt werden. Nur der Import von Produkten, die uns grundlegend wichtige soziale und ökologische Standards erfüllen, könnten importiert werden. So wie wir gute Löhne, hohe Arbeitsstandards und eine intakte Umwelt wollen, so wollen das auch Menschen in anderen Regionen der Welt. Fair Trade wäre dann der Standard und nicht die Nische so wie heute. Attac hat gemeinsam mit vielen anderen Organisationen vor einigen Jahren bereits Leitlinien für eine andere Handelspolitik erarbeitet – das sogenannte Alternative Handelsmandat.

Kanada gilt als durchaus nicht unbedeutender Überseemarkt für Österreich. So exportiert Österreich Güter im Wert von etwa einer Milliarde EUR und Dienstleistungen im Wert von knapp einer Viertelmilliarde EUR nach Kanada und weist dabei Überschüsse in der Bilanz auf; ebenso gibt es nennenswerte Direktinvestitionen aus Kanada, die hierzulande Arbeitsplätze schaffen. Berechnungen der EU-Kommission zufolge hätte CETA eine positive Auswirkung auf Europa, insofern sich das gemeinsame Handelsvolumen um bis zu 25% steigern könnte. Worauf beruhen diese Prognosen, sind sie tragfähig und welchen Anteil an den Handelsbeziehungen hat dabei CETA?

Mehr Handel – also die Steigerung des Handelsvolumens – heißt nicht automatisch mehr Wohlstand für alle. Der Gewinn fließt oft an einige wenige. Ein Beispiel, das das zeigt, ist die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA): Das Handelsvolumen zwischen den USA, Kanada und Mexiko ist mit NAFTA enorm angestiegen. In den USA und Kanada gingen jedoch viele gut bezahlte, hoch qualifizierte Jobs verloren, die heute von Menschen in den Maquiladoras mit schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen verrichtet werden. In Mexiko wurden umgekehrt viele kleinbäuerliche Betriebe durch den Import von billigem Mais zerstört. Viele dieser Menschen sind meist illegal in die USA ausgewandert und haben dort den Druck auf die Löhne erhöht. Über die möglichen Folgen von CETA kann man eines gesichert sagen: Es würde so gut wie kein zusätzliches Wirtschaftswachstum bringen, das sagen selbst die von der EU-Kommission beauftragten Studien. Die Frage lautet eben: Wie würde sich das prognostizierte höhere Handelsvolumen verteilen und welche Auswirkungen hätte es auf die unterschiedlichen Sektoren der Wirtschaft? Wer würde gewinnen, wer verlieren? Da ist das Bild düster – für

alle, außer einige Konzernen. Ganz abgesehen davon: CETA ist im Kern ein Abkommen zur Deregulierung und Einschränkung staatlicher Handlungsspielräume. Denn: Der Großteil der Zölle zwischen der EU und Kanada ist bereits abgeschafft. Es führt daher in die Irre, von einem Handelsabkommen zu sprechen.

Die Debatte um CETA ist gleichzeitig mit der Aussage mehrerer europäischer RegierungsvertreterInnen hochgekocht, die TTIP für gescheitert erklärt haben. Nun war ja die Befürchtung vieler, dass CETA als »Blaupause« für TTIP fungiert. Ist es da nicht eine Beruhigung, wenn TTIP ohnehin erledigt scheint?

CETA enthält zwei zentrale Aspekte, die auch ohne TTIP problematisch sind und TTIP durch die Hintertür bringen würden. Erstens: Der sogenannte Investitionsschutz. CETA enthält diesen Mechanismus, der es Konzernen ermöglicht, Staaten für ungerechte und nicht billige Behandlung bzw. indirekte Enteignung auf Schadensersatz zu verklagen. Sollte das Abkommen je in seiner Gesamtheit in Kraft treten, könnten nicht nur kanadische Konzerne, sondern auch EU- oder US-Konzerne diese Paralleljustiz nützen, sofern sie in Kanada ein Tochterunternehmen haben, um europäische Gesetze und Regulierungen in der EU auszuhebeln, die sie auf demokratischem Weg nie ändern könnten. Aus den USA könnten laut einer Analyse von Corporate Europe Observatory über 40.000 Firmen, die in Kanada tätig sind, über CETA Klagerechte erhalten. Zweitens: Der gemeinsame CETA-Ausschuss und die dort verankerte regulatorische Zusammenarbeit. Hinter diesen Begriffen verbirgt sich eine neu geschaffene Institution, in der VertreterInnen der kanadischen Regierung und der EU-Kommission sitzen, und die nicht nur die Umsetzung von CETA begleiten, sondern den Vertrag auch verändern können. CETA ist somit ein lebendes Abkommen. Konzerne können über diese Institution bzw. die vorgesehenen Prozesse vorab auf geplante Gesetze und Regulierungen Einfluss nehmen und mitreden, noch bevor ein Parlament sich mit neuen Gesetzen befasst. Ziel dieser regulatorischen Kooperation ist auch die Angleichung von Standards. Konzerne können also nach der Ratifikation jene Regeln, die ihnen ein Dorn im Auge sind, schrittweise abschwächen. Da US-Konzerne meist Töchter in Kanada haben, reicht es für sie, wenn die regulatorische Kooperation bzw. diese neuen Institutionen und Prozesse über CETA eingerichtet werden. Über ihre kanadischen Töchter werden sie dann Gesetze in ihrem Sinne beeinflussen und mit schreiben. Daher ist CETA TTIP durch die Hintertür.

Die politische Debatte über CETA hat sich insbesondere auf den bereits erwähnten Investitionsschutzmechanismus ISDS (Investor-state dispute settlement) zugespielt, der es ausländischen Investoren bei Streitfällen rund um Investitionseinbußen ermöglicht, Staaten zu verklagen. Handelt es sich dabei um eine Besonderheit von CETA? Welche alternativen Formen von Streitbelegungsverfahren wären bei internationalen Handelsabkommen denkbar? Ist ein, zuletzt öfters andiskutierter Handelsgerichtshof, eine sinnvolle Lösung?

Die Versuche, Sonderklagerechte für Konzerne durchzusetzen sind nicht neu. Schon Ende der 90er Jahre hat man versucht, den Investorenschutz in den OECD-Staaten unter dem Titel »Multilaterales Investitionsschutzabkommen – MAI« durchzusetzen. Der große Widerstand von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft hat das Projekt damals verhindert. Auch in der WTO-Doha-Runde wollte die EU den Investorenschutz auf die Agenda setzen, ist damit aber gescheitert. Das Beharren der EU hat 2003 zum Abbruch der MinisterInnenkonferenz in Cancun geführt.

Wir lehnen Sonderklagerechte für ausländische Investoren generell – ob in der bisherigen oder in der von der EU reformierten Form ab. Auch jene Abkommen, die Österreich mit ost- oder zentraleuropäischen Ländern bzw. mit Ländern des globalen Südens hat, sind problematisch. Aus unserer Sicht braucht es keinen eigenen Gerichtshof für Investitionen bzw. einen Handelsgerichtshof. Diese Rechte sind zentrale Elemente für die dauerhafte Verankerung von kapitalfreundlichen und neoliberalen Interessen in internationalen Verträgen. Damit werden die Interessen einer kleinen Gruppe – nämlich der ausländischen Investoren, die strukturell gesehen v. a. Konzerne sind – über gesellschaftliche Interessen gestellt. Gegenwärtig braucht es nicht noch mehr Rechte und Institutionen für diese Gruppe, sondern das Gegenteil. Nötig sind verbindliche Rechtsnormen für transnationale Konzerne. Menschenrechte und die Rechte der Natur müssen über anderen Verträgen wie etwa Handels- und Investitionsabkommen stehen.

Die Europäische Kommission hat bereits in der Vergangenheit eine Reihe von Freihandelsverträgen im Namen von EU-Mitgliedsstaaten mit anderen Ländern verhandelt – zuletzt mit Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldawien oder Südkorea. Warum wird das jetzt gerade bei CETA oder TTIP zum gro-

ßen Diskussionsthema? Ist etwas dran am Vorwurf der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, hinter der Ablehnung von CETA und TTIP stünde ein plumper Antiamerikanismus?

Wie bereits zu Beginn erwähnt, beschäftigen wir uns schon lange kritisch mit Handels- und Investitionsabkommen. Der weltweite Widerstand gegen die WTO-Doha Runde war erfolgreich, bis heute wurde diese Runde nicht abgeschlossen. Das hat gleichzeitig dazu geführt, dass die EU ab ca. 2008 begonnen hat, verstärkt bilaterale und biregionale Handelsabkommen zu verhandeln. Öffentlichkeit für all diese Abkommen zu schaffen, ist ungleich schwieriger, v. a. auch dann, wenn es um Abkommen mit Ländern geht, wie z. B. Bosnien und Herzegowina oder Georgien, wo die negativen Auswirkungen solcher Abkommen v. a. für die Menschen in diesen Ländern viel größer sein werden als bei uns. Im Falle von Südkorea gab es dennoch viel kritische Arbeit und Widerstand, vor allem von den Gewerkschaften.

Erst TTIP und CETA haben es ermöglicht, eine breite Diskussion über die Gefahren der aktuellen Handels- und Investitionspolitik zu führen. Der Vorwurf des Antiamerikanismus ist dabei absurd aus zwei Gründen: Zum einen, weil wir eng mit verschiedenen Akteuren aus den USA und Kanada zusammenarbeiten, die TTIP und CETA ebenfalls ablehnen und stoppen wollen, wie etwa Gewerkschaften, Bauernverbände, Umweltschutzorganisationen und soziale Bewegungen. Zum anderen auch, weil wir eine gemeinsame Botschaft haben, nämlich: TTIP und CETA sind Abkommen im Interesse des einen Prozent gegen die Interessen der 99 Prozent – auf beiden Seiten des Atlantiks.

Ein großer Kritikpunkt an CETA waren die Verhandlungen im Geheimen, die es der Legislative auf nationaler wie europäischer Ebene verunmöglichten, den Verhandlungsfortschritt und umstrittene Positionen nachzuvollziehen. Welche Aspekte von CETA haben die Verhandlungen dominiert?

Die CETA-Verhandlungen wurden 2009 gestartet und fanden tatsächlich im Geheimen statt, da diese nur von einem verhältnismäßig kleinen Widerstand begleitet wurden, der keine breite Öffentlichkeit und somit Druck erzeugt hat. Daher ist unklar, welche Aspekte die CETA-Verhandlungen dominiert haben. Erst die 2013 gestarteten TTIP-Verhandlungen und der ab 2014 aufkommende Widerstand dagegen, haben auch die

Aufmerksamkeit für CETA erhöht bzw. erst ermöglicht. Zu diesem Zeitpunkt waren die CETA-Verhandlungen aber bereits abgeschlossen. Aufgrund der öffentlichen Kritik rund um die Sonderklagerechte für Konzerne hat die EU-Kommission Anfang 2016 mit Kanada dieses Kapitel mit dem neuen Vorschlag abgeändert, in der Hoffnung so CETA ratifizieren zu können. Intransparenz und Geheimverhandlungen sind nichts CETA- oder TTIP-Spezifisches. Es ist Teil der Art und Weise, wie die EU Handels- und Investitionspolitik macht. Parlamente – weder das Europäische Parlament noch nationale – haben dabei ein Mitspracherecht – nicht beim Verhandlungsmandat und auch nicht während der Gespräche. Sie fordern das aber auch nicht oder kaum ein. Außer, es gibt großen öffentlichen Druck, wie es bereits während der ersten Jahre der WTO-Doha-Runde passiert ist oder jetzt wieder mit dem Start der TTIP-Verhandlungen. Erst der Widerstand gegen TTIP hat die Parlamente zum Einfordern von Informationen und ihrer demokratischen Rechte gezwungen bzw. geführt. Wer dagegen einen bevorzugten Zugang zu den VerhandlerInnen der EU-Kommission hat, sind die Konzerne und ihre LobbyistInnen. Sie werden bereits vor Beginn von Verhandlungen nach ihren Wünschen gefragt. Das war auch bei CETA so. Daher ist es nicht verwunderlich, dass mit CETA Konzerninteressen vielfältig ausgebaut werden, auf Kosten von Demokratie, Rechtsstaat, Arbeitsrechten und Umwelt.

Nach dem »Aufstand der Regionen« in Belgien scheint die Ratifizierung von CETA in weite Ferne gerückt. Nichtsdestotrotz scheint das Abkommen auf Schiene gestellt zu sein. Welche Auswirkungen wird das auf Handel und Investitionen zwischen der EU und Kanada haben? Welche Tragfähigkeit hat ein solches Provisorium?

CETA mag vorerst auf Schiene sein, aber es ist noch lange nicht durch! Die Regierungen haben es zwar unterzeichnet, aber jetzt folgt noch die Ratifizierung. Zuerst entscheidet das Europäische Parlament, dann folgen 38 Abstimmungen in nationalen und regionalen Parlamenten. Das sind viele Hürden. Derzeit läuft der Ratifikationsprozess im EU-Parlament. Die CETA-BefürworterInnen dort versuchen gerade jegliche breite demokratische Debatte über das Abkommen zu unterbinden und rasch abzustimmen. So hat der sozialdemokratische EP-Präsident Martin Schulz am 18. November dem Sozialausschuss des EP das Recht auf Stellungnahme über CETA entzogen. Stimmt eine Mehrheit der EU-ParlamentarierInnen CETA zu, treten anschließend die EU-relevanten Teile von CETA vor-

läufig in Kraft. Davon ausgenommen sind u. a. die Schiedsgerichte. Diese können erst nach der Ratifikation durch die nationalen Parlamente in Kraft treten.

Der Widerstand in vielen Ländern ist groß wie z. B. in Österreich und Deutschland bzw. so groß wie noch nie, wie etwa in Dänemark, den Niederlanden, Portugal und Polen. Die Chancen, dass CETA irgendwann tatsächlich vollständig in Kraft tritt, sind aus unserer Sicht heute schlechter als je zuvor. Sollte das doch irgendwann passieren, werden die wirtschaftlichen Folgen marginal sein. Selbst die von der EU-Kommission beauftragten Pro-CETA-Studien gehen davon aus, dass es langfristig nur 0,03 bis 0,08 Prozent mehr Wirtschaftswachstum bringt – für die gesamte EU, wohlgernekt. Dieses Versprechen ist so klein, dass wir es statistisch nicht einmal überprüfen werden können. Denn: Das mehr an Exporten in dem einen oder anderen Bereich, wird zu mehr Importen und steigender Konkurrenz in anderen Sektoren unserer Wirtschaft führen. Anders gesagt: Ökonomisch bringt CETA nichts – aber es bringt enorme Risiken für Arbeitsrechte, Umweltschutz, Sozialstandards und SteuerzahlerInnen mit sich. Und mit Sicherheit auch eine Menge von Konzernklagen.

Aufgrund der Kritik aus Österreich an CETA wurde der Verhandlungstext mit einem Begleitvertrag versehen, der einige Aspekte des Abkommens ausformuliert und klärt. Um welche Aspekte handelt es sich dabei und sind dem Abkommen damit die Zähne gefährlicher Auswirkungen gezogen?

Dieser Beipackzettel ändert leider an den zahlreichen Problemen von CETA gar nichts. Vieles von dem, was Bundeskanzler Christian Kern als Erfolg verkauft hat, war längst beschlossene Sache. Dass der Investitionsschutz nicht vorläufig angewendet wird, sondern erst nach der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten, stand beispielsweise bereits seit Juli fest. Neu sind nur jene zwei Forderungen, bei denen sich Österreich an Deutschland nach der Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichts angehängt hat. Sie betreffen die Möglichkeit, die vorläufige Anwendung von CETA wieder zu beenden, und die Mitsprache der Regierungen beim CETA-Ausschuss, einem neu geschaffenen Gremium, das die Deregulierungsagenda weiter vorantreiben soll. Was diese einseitigen Erklärungen in diesen Detailfragen wirklich bringen, ist rechtlich ungeklärt. In jedem Fall ändern sie nichts an den Inhalten des Vertrags. Die zahlreichen Giftzähne von CETA sind weiterhin im Vertrag enthalten und nicht gezogen.

Der »Aufstand der Regionen«, insbesondere der Wallonie, konnte in letzter Sekunde beigelegt werden. Welche Zugeständnisse wurden in Belgien tatsächlich gemacht?

Die Zugeständnisse, die die belgischen Regionen erreicht haben, sind vielversprechender als jene von Österreich. Sie verpflichten etwa die belgische Zentralregierung dazu, das in CETA enthaltene Investitionsgerichte-System vom Europäischen Gerichtshof auf dessen Vereinbarkeit mit den Europäischen Verträgen prüfen zu lassen, und auf nationaler bzw. regionaler Ebene das Abkommen vor dieser Klärung nicht zu ratifizieren. Außerdem haben sie festgehalten, CETA abzulehnen, wenn der Investitionsschutz so bleibt, wie er ist. Die belgischen Regionen haben also substanziiell mehr erreicht als die österreichische Regierung. Dabei waren sie in einer schwierigen Situation. Als bloße Regionen haben sie weniger Gewicht als ein Staat. Dazu kommt, dass vor allem die Wallonie eine Verliererin der neoliberalen Globalisierung ist, unter Deindustrialisierung leidet und auf Subventionen angewiesen ist.

Teil des innerbelgischen Kompromisses war die Zusage der belgischen Regierung, die Frage der Vereinbarkeit des geplanten Handelsgeschichtshofs mit dem Unionsrecht prüfen zu lassen. Seht ihr darin ein Hindernis für die Ratifizierung von CETA?

Die rechtliche Prüfung ist begrüßenswert. Denn man muss sich vor Augen halten: Da soll ein neues System internationaler Investitionsschiedsgerichte eingerichtet werden, abseits der etablierten Rechtsstaatlichkeit. Niemand weiß, ob es überhaupt legal ist, aber keine Regierung wollte das vom Europäischen Gerichtshof prüfen lassen, bevor sie unterschrieb. Zum Glück haben die belgischen Regionen ihre Regierung jetzt dazu gezwungen. Es gibt einigen Grund zur Annahme, dass das System illegal ist. Rechtliche Studien vertreten diese Ansicht. Die EU-Kommission hat die Frage prüfen lassen, war aber nicht bereit, das Rechtsgutachten zu veröffentlichen. Auf eine Anfrage der NGO Clientearth erhielt diese das Rechtsgutachten. 90 Prozent des Textes waren aber geschwärzt. Das nährt den Verdacht, dass die Schiedsgerichte rechtlich nicht einwandfrei sind.

Dennoch ist für uns klar: Ob der Investitionsschutz mit CETA kommt oder nicht, ist nicht eine Frage, die vom EuGH zu entscheiden ist. Dieser kann maximal feststellen, ob dieses System mit EU-Recht vereinbar ist. Es bleibt letztlich eine po-

litische Entscheidung. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass diese Sonderklagerechte nicht kommen.

Die EU-Kommission befindet sich derzeit in Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indonesien – ist zu erwarten, dass die Debatten rund um CETA und auch TTIP zu einem Kurswechsel in der Handelspolitik führen werden oder werden eurer Einschätzung nach künftige Abkommen nach dem »business-as-usual«-Schema fortgeführt?

Die EU-Kommission wird sicher alles daran setzen, einfach so weiterzumachen wie bisher. Schon bei CETA gab es keinerlei Willen, auf die Kritikpunkte einzugehen. Als Ablenkungsmanöver setzte sie auf die inhaltlich bedeutungslosen Beipackzettel.

Die Aussagen verschiedener prominenter Konservativer und Liberaler wie Othmar Karas oder Guy Verhofstadt rund um bzw. nach den Ereignissen rund um die CETA Unterzeichnung lassen klar erkennen: Deren Vision ist eine weitere Entdemokratisierung der Handelspolitik. Sie fordern, dass solche Abkommen in Zukunft nur noch als »EU only« abgestimmt werden sollen. Dann könnte die Mehrheit die Minderheit überstimmen. In diesem Fall wäre es für nationale Parlamente und für BürgerInnen ungleich schwieriger, sich mit ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Derartige Vorschläge werden das ohnehin schwindende Vertrauen der EU-BürgerInnen in die EU und ihre Institutionen aber auch in die derzeit an der Macht befindlichen Eliten in den EU-Mitgliedsstaaten weiter schwächen und den weiteren Aufstieg der Rechten befördern. Was es braucht, ist das Gegenteil: Die EU-Handelspolitik muss völlig neu gestaltet und grundlegend demokratisiert werden.

Bis jetzt verläuft der gesamte Prozess abgekoppelt von demokratischer Kontrolle. Die Parlamente auf nationaler und EU-Ebene müssen in Zukunft bei den Verhandlungsmandaten mitreden, Zugang zu allen Verhandlungsdokumenten erhalten und den Verlauf der Gespräche kontrollieren und gegebenenfalls beeinflussen können. Gewerkschaften und Zivilgesellschaft müssen Beteiligungsmöglichkeiten erhalten, der Zugang und Einfluss von Konzern-LobbyistInnen muss massiv eingeschränkt werden. Die Konsequenz rund um die CETA-Unterzeichnung, aber auch dem Ergebnis der US-Wahlen muss sein: CETA ablehnen und alle laufenden Verhandlungen stoppen. Alle aktuellen Verhandlungsmandate müssen demokratisch hinterfragt und in dem oben benannten Prozess neu erarbeitet werden.

Im Jänner findet in Österreich ein Volksbegehren gegen CETA, TTIP und TISA statt. Lohnt sich das noch, jetzt wo CETA auf Schiene zu stehen scheint und TTIP von allen für tot erklärt wird?

Totgesagte leben länger. Solange TTIP seitens der EU-Regierungen durch den Entzug des Mandats nicht tatsächlich ad acta gelegt wird bzw. der nächste US-Präsident TTIP absagt, so lange ist TTIP noch nicht tot. Es liegt derzeit nur auf Eis. So meinte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström vor kurzem gegenüber den EU-Handelsministern, es werde »für einige Zeit« eine »Pause« in den Verhandlungen geben. Donald Trump mag zwar im Wahlkampf gegen Abkommen wie TTIP aufgetreten sein, aber letztlich dienen sie den Interessen von Leuten wie ihm, also Superreichen. Es bleibt also abzuwarten, was mit TTIP tatsächlich passiert. Bei TISA sind die Verhandlungen in der Endphase. Wohl wird es nicht wie geplant dieses Jahr noch abgeschlossen werden können, aber wie sich Trump zu diesem Abkommen verhalten wird, ist ebenfalls unklar.

Und CETA – TTIP durch die Hintertür – ist wie gesagt noch lange nicht durch. Wenn das EU-Parlament zustimmt, liegt dann der Ball bei den nationalen Parlamenten darüber zu entscheiden – also auch dem österreichischen. Daher macht ein Volksbegehren – verstanden als ein weiteres Signal des Widerstands – weiterhin Sinn. Je mehr Menschen, die CETA, TTIP, TISA und diese Handels- und Investitionspolitik ablehnen, desto stärker wird dieses Signal in Richtung politischer Eliten sein. Zugleich ist für uns auch klar: Mehr denn je braucht es die Auseinandersetzung über die Alternativen. Eine Gelegenheit dazu wird es im Rahmen des 2. »Gutes Leben für alle«-Kongresses in Wien geben, der vom 9. bis 11. Februar 2017 unter dem Motto: »Weltoffenheit von unten braucht eine andere Globalisierung« stattfinden wird. 

IM INTERVIEW ERWÄHNT QUellen

Die erwähnte Unterlage ist hier zu finden: http://www.attac.at/fileadmin/user_upload/Attac_Positionspapiere/ATM-lang.pdf

Trading away democracy, S. 10 – Die Studie ist hier einsehbar: https://corporateeurope.org/sites/default/files/ceta-trading_away_democracy-2016de.pdf

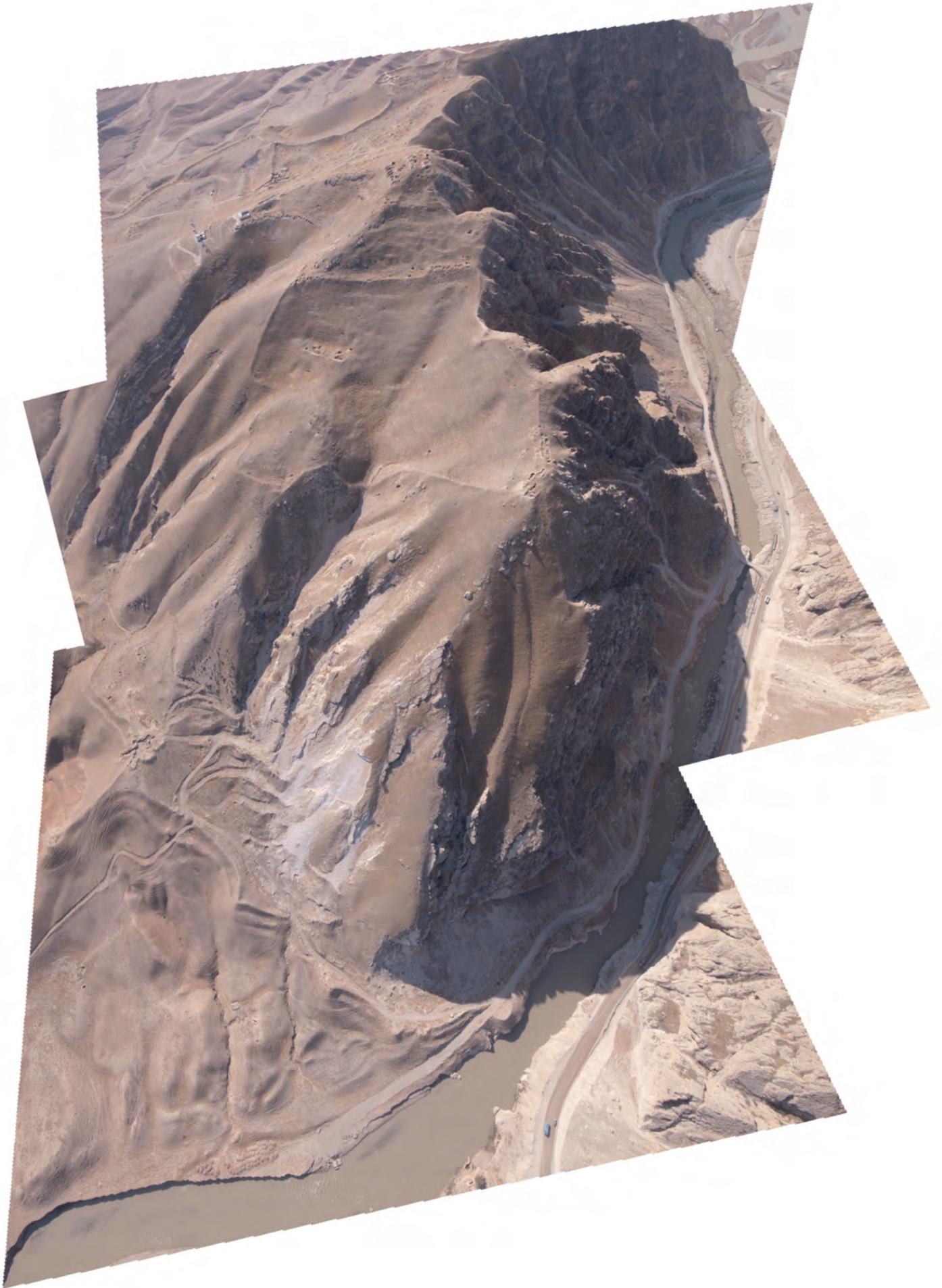
Siehe bspw. <http://documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2015-10-15-legality-of-isds-under-eu-law-ce-en.pdf>

Siehe: <http://www.documents.clientearth.org/library/download-info/redacted-document-on-isds-and-the-principle-of-autonomy-of-eu-law-following-opinion-213/>

ALEXANDRA STRICKNER

ist Ökonomin, Mitbegründerin und Obfrau von Attac Österreich.

Das Interview führte Armin Puller.





Julian Röder, World of Warfare 1,
2011, C-Print, Größe variabel, Copy-
right: Julian Röder, Courtesy: Galerie
Russi Klenner, Berlin

Paradoxie der Sozialdemokratie

Nach den ausgebliebenen Antworten der politischen Linken auf ökonomische Stagnation, steigende Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit, die härtere Arbeitswelt und das drohende Absinken allgemeiner Lebensstandards, ist die politische Rechte nicht nur in Europa auf dem Vormarsch. Was das für die Lage der Sozialdemokratie bedeutet, zeigt ein eben erschienener Sammelband über die Sozialdemokratie im Westen, Osten und globalen Süden auf. Armin Puller bespricht Analyse und Schlussfolgerungen des Bandes.

Wären kommenden Sonntag europaweit nationale Wahlen angesetzt, würde die Sozialdemokratie nur in wenigen Ländern zur stärksten Partei gewählt werden. Vermutlich würde sie in Dänemark, Norwegen, Portugal und Schweden gewinnen, vielleicht auch noch in Italien, in europäischen Kernländern wie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien jedoch verlieren – auch in Österreich. In Deutschland liegt die SPD zwar prozentuell wieder über der Mehrwertsteuer, jedoch mehr als 10 Prozent hinter CDU/CSU zurück und scheint auch die technisch mögliche rot-rot-grüne Mehrheitsoption zu verlieren. In Frankreich gilt ein Sieg von Hollande bei den nächsten stattfindenden Präsidentschaftswahlen als nahezu ausgeschlossen: Sollte die PS ihn nochmals nominieren, würde er allen derzeitigen Umfragen nach nicht einmal in die Stichwahl gelangen – auch bei anderen KandidatInnen der PS (bzw. von Linkspartei oder Kommunisten) scheint es aussichtslos. In Großbritannien liegt die Labour Party zwar bei europaweit ansehnlichen 28%, aber hinter den Tories (41%) deutlich zurück. In Spanien würden Podemos (23%) und PSOE (19%) abgeschlagen hinter den Konservativen (35%) zu stehen kommen. Auch in Österreich würde die Verteidigung des letzten Ergebnisses von 27% für den ersten Platz nicht mehr ausreichen.

Es wird zunehmend schwieriger, die Schwäche der Sozialdemokratie in Europa mit der so harmlosen These der normalen zyklischen Entwicklungen bei Wahlen zu erklären. Das Spiel der Abwechslung linker und rechter Regierungsprojekte in demokratischen Ländern kann kaum begründen, warum die Politik sozialdemokratischer Parteien auf schwindende

Zustimmung, Demoralisierung und mittlerweile sogar Ablehnung bei ihren Kerngruppen stößt oder warum die letzten Erfolge sozialdemokratischer Politik in vielen Ländern als lange zurückliegend empfunden werden. Eher ist das Eingeständnis notwendig, dass die Sozialdemokratie in einer schweren strukturellen Krise ihrer Identität, ihrer Strategie und der Repräsentation ihrer sozialen Kerngruppen steckt. Kurz: So wie bisher kann es nicht weitergehen.

In einem kürzlich von Ingo Schmidt herausgegebenen englischsprachigen Sammelband über die globale Lage der Sozialdemokratie findet sich eine Bestandsaufnahme, die über die europäischen Kernländer hinausgeht und entlang von Fallstudien auch die Sozialdemokratie in postkolonialen bzw. postkommunistischen Ländern in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien beleuchtet. Das Ergebnis lässt keine Begeisterung aufkommen. Im Westen hat die Sozialdemokratie ihren Platz in der Welt der Globalisierung des Kapitalismus lange Zeit nicht gefunden und steht mit ihrer mittlerweile gescheiterten Antwort in Form des »Dritten Wegs« am Rande des Untergangs. Im Osten konnte sie nie abheben und fungierte als aktive bis passive Helferin bei der Durchsetzung neoliberaler Arrangements in Staat und Wirtschaft. Im globalen Süden konnten dagegen vielfach in Form des Modells industrieller Entwicklungsstaaten Erfolge erzielt werden, jedoch gelangen sie aktuell an ein Ende und drohen von einer neoliberalen Gegenrevolution überrollt zu werden. Die in der Linken Europas oft als Bezugspunkte dienenden Erfolgsbeispiele anderer Länder entschwanden nun nach 1989 mit dem aufkommenden Ende der linken Epoche in Lateinamerika endgültig (in Argentinien regiert die neoliberale Rechte, in Brasilien gelang

ihr ein Putsch gegen eine bereits angeschlagene linke Regierung und Venezuela droht in einer ökonomischen Krise zu versinken). Warum ist es um die Sozialdemokratie so schlecht bestellt, obwohl der Neoliberalismus doch über keinen nennenswerten Rückhalt verfügt?

TODESGLOCKEN IM WESTEN

Die Sozialdemokratie ist ein paradoxes Geschöpf. In ihrer Geschichte auf das Zeitalter der Industrialisierung und der Revolutionen zurückgehend, führte sie zahlreiche Debatten und Konflikte über politische Strategien, überstand Spaltungen, Weltkriege und Faschismus, bevor sie in der Nachkriegszeit Westeuropas einige ihrer Ziele in Form des Wohlfahrtsstaates institutionalisieren konnte. Als »goldenes Zeitalter« taucht der Zeitraum zwischen den 1950er und 1970er Jahren in den Erinnerungen von ZeitzeugInnen auf und blieb seither politischer Bezugspunkt für die soziale Basis der Sozialdemokratie. Wie wohl der Kompromiss von Arbeit und Kapital, von Kapitalismus und Sozialismus immer noch populär ist, gelingt es der Sozialdemokratie aus Unvermögen, teilweise auch aus Unwillen, nicht mehr, einen vergleichbaren Kompromiss herzustellen. Ganz im Gegenteil hat sie sich von ihm verabschiedet, selbst wenn bis heute sozialdemokratische Parteien in der Erwartung gewählt werden, mehr als ein kleineres Übel zu sein. Darin besteht die Paradoxie der Sozialdemokratie im Westen: Während sie mit dem Wunsch gewählt wird, dem Neoliberalismus und seinen Folgen Alternativen entgegenzustellen, bindet sie sich immer stärker an seine Perspektiven, Projekte, Rezepte und Methoden. Bei Betrachtung sozialdemokratischer Regierungsprojekte in vielen Ländern Westeuropas zeigt sich das erschütternde Bild, dass oft Sozialdemokratien neoliberale Politiken umsetz(t)en, vor denen konservative Vorgängerregierungen noch zurückschreckten – in den 2000ern vor allem in Großbritannien (Fortführung und Verschärfung neoliberaler Wirtschaftspolitik) und Deutschland (Hartz IV), nunmehr etwa in Frankreich (restriktive prozyklische Budgetkonsolidierung) oder Italien (Arbeitsmarktreform).

Stellvertretend für die Sozialdemokratie im Westen präsentiert das Buch drei Parteistudien zu Frankreich (Fabien Escalona), Großbritannien (Max Crook) und Norwegen (Knud Kjeldstadli und Idar Helle), deren erste beiden hier kurz entlang der Schlussfolgerungen vorgestellt werden. Escalonas informativer Beitrag über Frankreich führt die Krise der ps nicht zuletzt auf die politische Kehrtwende 1982/83 unter Präsident Mitterand zurück. Damals reagierte die Partei auf das drohende Scheitern ihres linkskeynesianischen Kurses mit einer nicht

nur zögerlichen, sondern aktiven Beförderung des Neoliberalismus: Austeritätspolitik, Liberalisierung von Handel, Arbeitsmarkt und Finanzsystem. Zumal der plötzliche Kurswechsel auf der Regierungsebene entschieden wurde und mit Programmatik und Identität der Partei nicht vereinbar war, fand eine zunehmende Entfremdung zwischen Parteiführung und Parteiorganisation statt, als deren Folge die Partei ausgehöhlt und nur mehr von Staatspersonal bevölkert wurde. Hollandes Präsidentschaft folgt einem ähnlichen Muster, das angesichts der überbordenden Orthodoxie seiner Regierung(en) selbst wohlwollende Beobachtende überraschte. Sicherlich hängt das Ergebnis von Hollandes Präsidentschaft auch mit dem engen politischen Korsett des europäischen Krisenmanagements und der ökonomischen Krisen zusammen, jedoch ist die Enttäuschung über die ps angesichts der großen, durch Hollandes Wahlkampagne geweckten Erwartungen nicht verwunderlich. Geblieben ist eine Lücke im politischen Spektrum, die von Parteien links der ps aufgrund interner Konflikte nicht ausgefüllt wurde, und der extremen Rechten breitesten Raum eröffnet.

Die von Crook analysierte Lage in Großbritannien ist geprägt von einer tief gespaltenen Labour Party, die mit dem Erbe des »Dritten Wegs« ringt. Auch hier ist die Tiefe des Problems nur vor dem Hintergrund der langen Krise des fordistischen Sozialkompromisses in den 1970er Jahren, den fehlenden Antworten der Sozialdemokratie und der Härte der neoliberalen Konterrevolution unter Thatcher und Major verständlich. Die nach langen Jahren der Opposition an die Macht gelangten Regierungen unter Blair und Brown waren Regierungen der Schwäche, der Unterordnung unter ein ökonomisches Modell, das Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und die Dominanz des Finanzsektors wesentlich akzeptierte. Im Unterschied zu den Konservativen nutzte Blair das Wirtschaftswachstum der Boom-Jahre für Armutsbekämpfung und den öffentlichen Sektor, populäre Maßnahmen, die einen Bruch mit dem Thatcherismus darstellten. Viel weiter ging der Bruch jedoch nicht, wenn man bedenkt, dass der neoliberale Grundkonsens bestehen blieb und die Torys nach 2008 die Schuld für die globale Wirtschaftskrise Labour in die Schuhe schieben konnten. Zurück in der Opposition nach 2010 verstand der neue Vorsitzende Ed Miliband das Problem der Entfremdung von Partei und Kernschichten besser als seine KritikerInnen, und die von Labour vorgeschlagenen Politiken der Umverteilung (Reichensteuern, Ankurbelung des Wohnungsbaus, Rückverstaatlichung der Eisenbahn etc.) sind daher auch bis heute außerordentlich populär. Bezogen auf den neoliberalen Grundkonsens ver-

mittelte Labour aber das Bild, keine alternative Strategie zu den Tories anbieten zu können. Die Wahl 2015 war eine Wahl über Labours fehlende ökonomische Kompetenz und damit letztlich eine erneute Abwahl des »Dritten Wegs«. Darüber hinaus wechselte ganz Schottland in das Lager der linksnationalistischen SNP und ermöglichte es den eigentlich schwachen Tories, als Sieger auszusteigen. Ihre Wahlstrategie war eine des Rechtsrucks durch Übernahme von UKIP-Positionen und der Ausbeutung der Schwäche der Linken mittels deren Spaltung in Schottland (wo die Labour Party bis heute eisern am »Dritten Weg« festhält). Die Verhandlung über den »Dritten Weg« in der Labour Party ist nicht abgeschlossen und begleitet die Spaltung der Linken von außen mit einer inneren Spaltung. Solange Labour die Entwicklung einer tragfähigen Strategie weiter hinauszögert und sich mit der Vorsitzfrage beschäftigt, werden Theresa Mays Tories freudig weiterregieren können.

TODESGLOCKEN IM OSTEN

Paradox ist die Sozialdemokratie aber nicht nur in Westen, sondern auch im Osten. Dort beschränkten sozialdemokratische Parteien den »Dritten Weg« in Richtung des Neoliberalismus mit noch schnelleren Schritten und ließen ihre vom Kommunismus geprägten WählerInnenschaften enttäuscht zurück. Schuld daran war nicht zuletzt der Umstand, dass nach dem Ende des Ostblocks die Spielräume für soziale Konzessionen und Sozialkompromisse enger wurden und die ab den 1980er Jahren eingesetzte neoliberale Offensive gegen Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften in den nächsten Gang schalten konnte. Ein weiterer Grund war aber auch, dass die im Westen als Reaktion auf den Neoliberalismus entwickelte Strategie des »Dritten Wegs« auch dem Osten wenig Spielräume für umverteilende Politiken überließ, die wohlfahrtsstaatliche Strukturen zu etablieren ermöglicht hätten. Sofern man nach 1989 von sozialdemokratischen Erfolgen sprechen kann, waren sie im Osten daher noch kurzlebiger als im Westen.

Das Buch enthält hier zwei interessante Fallstudien über Slowenien (Anej Korsika) und Rumänien (Lucian Vesolan), von denen hier nur auf Slowenien eingegangen werden soll. Obwohl es ein Nachbarland ist, taucht Slowenien in den österreichischen Medien meist nur auf, wenn politische Skandale das Land erschüttern. Korsikas Beitrag schildert den Transformationsprozess des Landes nach Kommunismus und erreichter Unabhängigkeit als einen Prozess, in dem die Sozialdemokratie wesentlich nichts zu melden hatte. Der Weg in den Kapitalismus war in Slowenien allerdings tendenziell milder als in anderen postkommunistischen Ländern, nicht zuletzt wegen einer

relativ starken Gewerkschaftsbewegung, die dem Kapital in den 1990er Jahren einen Sozialkompromiss aufzwingen konnte und sich mehrmals auch in eindrucksvollen Protesten bemerkbar machte (zuletzt 2005, als ein Großprotest die Durchsetzung einer »flat tax« verhinderte, jedoch eine Umverteilung im Steuersystem nach oben nicht ganz abwenden konnte). Die erste Regierung der Sozialdemokratie fiel 2008 in die Zeit der Wirtschaftskrise und erbt die Resultate der prozyklischen Politik der Vorgängerregierung. Das Krisenmanagement der Sozialdemokratie machte vieles aber noch schlimmer: Sie universalisierte einen ultraprekären Sektor des Arbeitsmarktes, der Studierenden jenseits von Absicherung geringfügige Beschäftigung erlaubte, und öffnete ihn zur Freude von Unternehmen für alle Arbeitssuchenden, unterminierte die ohnehin geringe Macht der Gewerkschaften und beendete den sozialen Dialog. 2011 wurde sie schließlich haushoch abgewählt (-19,9%). 2014 verlor sie – in einer Situation der Wahlbeteiligung von nur mehr knapp über 50% – noch einmal haushoch und scheint nun endgültig zu verschwinden. Ob die aus den Protesten gegen die sozialdemokratische Regierung hervorgegangene Linkspartei namens »Vereinigte Linke« Hoffnung verspricht, wird sich noch zeigen. Umfragen zufolge scheint sie sich als neue Kraft zu stabilisieren.

TODESGLOCKEN IM SÜDEN

Im globalen Süden setzte die Sozialdemokratie weniger auf Umverteilung als auf Industrialisierung und ökonomische Entwicklung. Das Buch unterscheidet hier zwischen Ländern der Peripherie und den neuen regionalen Mächten. Zur ersten Gruppe werden im Buch Argentinien (Beitrag von Mariano Féliz), Chile (Ximena de la Barra Mac Donald) und Griechenland (John Milios) gezählt, zur zweiten Gruppe Brasilien (Jörg Nowak), der Bundesstaat Westbengalen in Indien (Arup Kumar Sen) sowie Südafrika (Patrick Bond).

Der Beitrag über Griechenland ist von besonderer Bedeutung, da er die speziellen Schwierigkeiten in einem von politischen wie ökonomischen Instabilitäten geprägten Land der Peripherie behandelt. Milios' Beitrag streicht darüber hinaus implizit zwei Aspekte hervor, die in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden können: Austeritätspolitik, die zentrale Strategie des europäischen Krisenmanagements seit 2008, kann nicht einfach nur als eine falsche, weil für die arbeitende Bevölkerung desaströse Politik betrachtet werden, die durch progressive Regierungen an der Macht einfach ausgetauscht werden könnte, sondern stellt wesentlich eine in die Struktur des europäischen Wirtschaftsgefüges und ihrer nationalen wie

europäischen Institutionen eingeschriebene Klassenstrategie dar. Eine Mobilisierung gegen Austeritätspolitik wird sich zukünftig nicht mehr nur auf die Übernahme von Regierungsmacht konzentrieren können, sondern erfordert über Wahlen hinausgehende soziale Bewegungen und länderübergreifende Bündnisse. Außerdem zeigt das Beispiel Griechenland, dass die strategischen Probleme der Linken nicht auf die Sozialdemokratie als Parteienfamilie beschränkt sind, sondern die gegenwärtige Strategie der Linken insgesamt betreffen. Die häufig als Lösung der Probleme der Sozialdemokratie bewertete Strategie des Aufbaus neuer Parteien der politischen Linken wird kaum zum Erfolg führen, sofern sich diese neuen Parteien auf die gleiche Weise in das politische Spektrum einschreiben wie die alten.

Nowaks Beitrag, wenngleich vor dem Putsch in Brasilien geschrieben, liefert interessante Einsichten in die inneren Widersprüche des brasilianischen Entwicklungswegs und zeigt Grenzen des scheinbar so erfolgreichen Entwicklungsmodells im Allgemeinen auf. Auf der Ebene der politischen Bühne kann sicherlich festgestellt werden, dass es der politischen Rechten Brasiliens gelungen ist, die vom Entwicklungsmodell unter der Arbeiterpartei PT geweckten, aber letztlich nicht umfassend befriedigten Ansprüche der arbeitenden Massen an dauerhaften allgemeinen sozialen Aufstieg auszuhebeln. Die Ursachen dafür liegen aber tiefer, nämlich in einem Entwicklungsmodell, das immer schon auf eine innere Peripherie (und auch auf eine äußere Peripherie) angewiesen war, an die man soziale Kosten auslagern konnte.

Die enge Bindung an brasilianisches Großkapital in Bauwirtschaft, Industrie und Petrochemie ermöglichte es unter Lula, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu generieren, produzierte aber zugleich enge Grenzen, die spätestens in Rousseffs zweiter Amtszeit zurückschlügen. Rousseffs milde Versuche der Abringung neuerlicher sozialer Kompromisse wurden vom ohnehin von der sozialdemokratischen Episode nie begeisterten Kapital mit Vertrauensentzug, medialer Gegenkampagnen, offener politischer Gegenmobilisierung und letztlich mit Absetzung beantwortet. Das Entwicklungsmodell ist nicht notwendig an die Sozialdemokratie gebunden. Dort wo es sich im weltweiten Ressourcenkampf außerdem zu einer Gefahr für die neokoloniale internationale Arbeitsteilung entwickeln könnte, erfährt es zudem scharfen Gegenwind aus den Ländern des Zentrums, die in Zeiten globaler wirtschaftlicher Stagnation zu weiteren Zugeständnissen einfach nicht bereit sind. Die Spielräume der Sozialdemokratie

in Entwicklungsstaaten sind nicht nur aufgrund innerer Beschränkungen eng, sondern zusätzlich auch durch nach innen weitergegebene äußere Grenzen.

WAS BLEIBT?

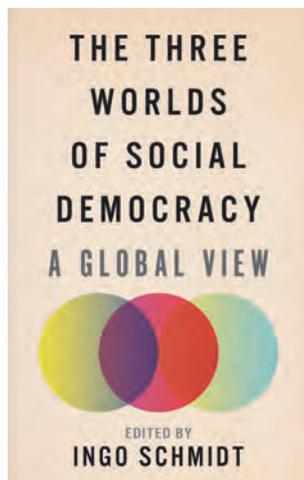
Die Zusammenstellung an Länderstudien macht keinen Mut. Entgegen den Totsagungen durch neoliberale und konservative Intellektuelle dieser Tage legt das Buch jedoch nicht nahe, dass die Sozialdemokratie bereits tot wäre. Sie ist solange nicht tot, solange die soziale Frage auf die Agenda gesetzt wird – und hierin liegt genau der Kern des Problems. Die Unzufriedenheit mit dem Neoliberalismus, mit wachsender Ungleichheit, mit steigendem Druck auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt, mit steigenden Preisen bei sinkenden Realeinkommen, mit schwindenden Lebensperspektiven und mit der Ignoranz und dem Zynismus des »Establishments« wird von der Sozialdemokratie immer weniger adressiert. Es ist daher kein Wunder, wenn ihr immer weniger Vertrauen entgegengebracht wird und rechter Populismus auf dem Vormarsch ist. Benötigt wird eine Neuorientierung, in der die realen Probleme nachhaltig beseitigt oder zumindest gelindert, und nicht einfach nach unten (auf Arbeitslose, Niedrigeinkommensbeziehende, MigrantInnen und Arme) verschoben werden. Die Politik der Spaltung, die wir derzeit erleben, ist keine Spaltung, die von der extremen Rechten ausgeht; sie wird produziert von einem Kapitalismus, der für Sozialkompromisse, Massenintegration und Demokratie nicht mehr viel übrig hat. Die Zeiten der Möglichkeit eines milderen Neoliberalismus scheinen vorbei.

Der Aufstieg der extremen Rechten ist die Folge dieser sozialen Spaltung, nicht ihre Ursache. Auf der Suche nach politischer Stabilität scheint eine Verbindung des Kapitalismus mit der extremen Rechten als politischer Repräsentation immer wahrscheinlicher, auch wenn diese Verbindung instabil ist und auch die extreme Rechte keine zufriedenstellende Politik im Sinne der sie wählenden sozialen Gruppen liefern können. Die Alternative liegt auf der Hand: Die Linke muss nicht mit dem »Dritten Weg« und einer »Politik der Mitte«, die zuletzt dieser Tage in den USA gescheitert ist, untergehen. Sie könnte sich auch darum bemühen, gegen die Begrenzungen des »untoten Neoliberalismus« (Colin Crouch) und eines autoritären Kapitalismus zu mobilisieren. Erste Überlegungen dafür bieten nicht zuletzt die Ungleichheitsdebatte (Thomas Piketty, Gabriel Zucmann, Richard Wilkinson, Kate Pickett, Andrew Sayer), die von Mariana Mazzucato angestoßene Investitionsdebatte oder auch Vorschläge zur Förderung neuer

Produktionsformen (Paul Mason) und einer sozial-ökologischen Transformation (Naomi Klein). Das Buch von Ingo Schmid macht deutlich, dass es für einen Kurswechsel der Sozialdemokratie höchst an der Zeit ist, soll die Etablierung der extremen Rechten noch in letzter Sekunde abgewendet werden. 

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.



Ingo Schmid (Hg.)

**The three worlds
of social democracy**

A global view

Pluto Press, London 2016

281 Seiten, 28 EURO

Balázs Deim, aus der Serie »Surveillance
System«, 2010–2011, Camera Obscura,
80 x 80 cm, Courtesy: Balázs Deim



Die globale Wirtschaftselite – eine Legende

In seinem brandaktuellen Buch räumt der deutsche Elitenforscher Michael Hartmann mit dem Mythos einer transnationalen Elite auf, der die nationale Politik aufgrund ihrer Mobilität keine Vorschriften mehr machen könne. Seine empirische Untersuchung zeigt: Das »scheue Reh« des Kapitals ist trotz wirtschaftlicher Globalisierung personell nur so mobil, wie es steuerrechtlich und politisch zugelassen wird. Hartmanns Analyse liefert neue Einsichten in die politischen Möglichkeiten, der Selbstbereicherung der – nach wie vor weitgehend nationalstaatlich organisierten – wirtschaftlichen Eliten den Kampf anzusagen.

Der Wahlsieg Donald Trumps wurde mit guten Argumenten als eine Absage vieler US-AmerikanerInnen an »das Establishment« aufgefasst. Wie schon beim Brexit oder den Erfolgen rechtsextremer europäischer Parteien scheint weniger die Erwartung der Umsetzung des Programms der Rechten, als vielmehr Wut auf die und Ablehnung der herrschenden Eliten ein prägendes Wahlmotiv gewesen zu sein. Doch auch wenn man diese Analyse teilt, ist nicht unumstritten wie die Linke damit umgehen kann und soll. Eine Kampfansage an die dramatisch zunehmende Ungleichheit setzt in letzter Konsequenz die offene Konfrontation mit der Macht der Konzerne voraus. Das Gegenargument: Ein politischer Kurs, wie er etwa von Sanders in den USA verfolgt wird, sei schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sich das Kapital und die globale Wirtschaftselite transnational organisieren und nationaler Regulierung entziehen. Weil eine globale Regulierung wünschenswert, aber bedauerlicherweise nicht umsetzbar sei, führe der Konfrontationskurs zu nichts und sei »der Weg der Mitte« das einzige zu Gebote stehende Mittel.

Gerade weil die Frage, wie die wirtschaftlichen Eliten »als Kern der Klasse« der Kapitalisten in der entwickelten Welt strukturiert ist, von so großer strategischer Bedeutung ist, ist die empirische Arbeit von Michael Hartmann, die er im September 2016 vorgelegt hat, von besonderem Interesse.

Einleitend skizziert er, warum die These einer globalen Wirtschaftselite, die heute hier und morgen da lebe und sich so nationalen Regeln entziehe, zwar durch verschiedene Alltagserfahrungen plausibel erscheine und auch in Forschungsarbeiten vertreten werde, bislang aber empirisch unzureichend abgestützt sei. Hartmann hat für sein Buch die Leitungsorgane

der 1.000 größten Konzerne und die jeweils 100 größten Unternehmen von sechs führenden Industriestaaten (USA, Japan, China, Deutschland, Frankreich und Großbritannien) durchleuchtet. Er hat erforscht, wo die 1.000 reichsten Menschen leben und welche Motive dafür ausschlaggebend sein könnten. Und er hat untersucht, welchen Einfluss die Internationalisierung der Ausbildung auf künftige Entwicklungen in Richtung einer transnationalen Elite haben könnten.

Sein doch einigermaßen überraschender Befund: Die wirtschaftlichen Eliten sind sehr stark national verwurzelt und es gibt keine Hinweise darauf, dass sich das so rasch ändern wird. Zwar ist die Mobilität bei Managern noch höher als bei den Eigentümern – aber selbst im Management gilt: Je mächtiger die Funktion, desto eher wird sie aus der nationalen Elite besetzt.

DER INTERNATIONALISIERUNGSGRAD DES MANAGEMENTS

Am stärksten ist der Internationalisierungsgrad in der Schweiz, dem einzigen Land, dessen Wirtschaftselite nach Hartmanns Einschätzung tatsächlich transnational aufgestellt ist. Seine Zahlen deuten generell darauf hin, dass in kleineren Ländern mit überdurchschnittlichem Anteil an großen Konzernen auch der Anteil international besetzter Managementposten verhältnismäßig größer ist. Doch eine tiefere Analyse zeigt auch, dass selbst solche »internationalen« Besetzungen zumeist aus einem ähnlichen Kulturkreis kommen. Ausländische Manager in Großbritannien kommen aus dem angelsächsischen Raum, in Deutschland aus der Schweiz, Österreich und den Niederlanden, in Skandinavien aus den benachbarten nordischen Staaten. Bemerkenswert scheinen dabei auch markante Unterschiede in einzelnen nationalen Traditionen. Frankreich

und Großbritannien zählen beinahe genau so viele CEOs in den 1.000 größten globalen Unternehmen: Der »Ausländeranteil« an diesen Topjobs liegt in Großbritannien bei 44%, in Frankreich bei 4%. Einen Erklärungsansatz dafür liefert Hartmann mit den unterschiedlichen Rekrutierungssystemen der beiden Länder: Knapp die Hälfte der Chefs der größten hundert französischen Unternehmen kommt etwa aus der Verwaltungsspitze der Republik.

TRANSNATIONALE EIGENTÜMER?

Auch auf der Ebene der Eigentümer finden sich wenig Anhaltspunkte für eine transnationale Orientierung. 91,4% der rund 1.000 globalen Milliardäre leben in ihrem Heimatstaat. Dabei zeigen sich jedoch starke nationale Unterschiede. Während in den USA nur 0,8% der Milliardäre dem Land den Rücken kehren, sind es in europäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich, Italien oder Schweden zwischen einem Viertel und einem Drittel. Bevorzugte Auswanderungsländer: die Steuerparadiese Schweiz, Großbritannien und Monaco. Die Diskrepanz zwischen den USA und Europa könne, so Hartmann, aber nicht mit der Höhe der Steuersätze erklärt werden. In New York, der Stadt mit den meisten Milliardären weltweit, ist der Spitzensteuersatz genauso hoch wie in Deutschland und werden Kapitaleinkünfte, anders als in Deutschland und Österreich, nicht mit einem Halbfestesatz begünstigt. Für Hartmann erkläre sich die Steuerflucht europäischer Milliardäre schlicht damit, dass Europa sie zulasse: Anders als die europäischen Länder unterwirft die USA ihre StaatsbürgerInnen unabhängig von ihrem Wohnsitz der amerikanischen Steuerpflicht. Die Wohnsitzverlegung spart daher keine Steuern. Wer aber seine Staatsbürgerschaft aufgibt, um sich der Steuerpflicht zu entziehen, muss eine Vermögensabgabe in Höhe von 20% (!) leisten, Schenkungs- und Erbschaftssteuer bleiben trotzdem verpflichtend, wenn US-BürgerInnen begünstigt sind.

Es gibt aber auch andere als steuerliche Motive für Wahl des Wohnsitzes. Je enger Milliardäre in die Führung der Unternehmensgeschäfte eingebunden sind, desto eher bleiben sie ihrem Heimatland treu. Unter Vorstandsvorsitzenden (CEOs) liegt die Quote der Milliardäre mit ausländischem Wohnsitz bei 3,9%, bei »reinen« Rentiers bei 16,9%. Ein zentraler Grund für die »Heimatverbundenheit« vieler Milliardäre, insbesondere jener, die aktiv tätig sind: Heimatliche Präsenz ist Voraussetzung für politische Einflussnahme. Das könne in Ländern wie Russland oder China eine Frage der ökonomischen und physischen Existenz sein, sei aber auch in den USA und europäischen Ländern wichtig für das Geschäft.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Hartmanns Ableitungen aus dem empirischen Befund sind so schlicht, wie überzeugend. Wo es keine transnationale Elite gibt, gibt es auch keine Ausrede für die vorauseilende Untertwürfigkeit der Politik gegenüber den Forderungen der nationalen Wirtschaftselite. Natürlich ist internationale Zusammenarbeit gegen Steuerhinterziehung wünschenswert und würde eine europaweite Kooperation vieles leichter machen. Gerade die großen und ökonomisch starken Länder wie Deutschland haben es aber auch selbst in der Hand, der Steuerflucht einen Riegel vorzuschieben. Die scheinbar anonymen globalen Akteure, die angeblich aus dem Ausland unser wirtschaftliches Leben bestimmen, sind in Wahrheit eine national verwurzelte Klasse. Gerade die Zuspitzung der globalen politischen Lage verstärkt in Hartmanns Sicht die nationale Orientierung des Kapitals, das zu seinem Schutz vor nationalistischen Drohbänden ausländischer Regierungen, aber auch zur Durchsetzung gemeinsamer, transnationaler wirtschaftlicher Interessen auf die staatliche Macht seiner Heimatländer angewiesen sei – und dort endlich einem verstärkten Widerstand sozialer Bewegungen ausgesetzt ist.

Hartmanns Buch ist sehr detailreich, scharfsichtig und im großen Maßstab gut argumentiert. Gerade aus europäischer Perspektive wäre ein zweiter und genauerer Blick auf die politische und wirtschaftliche Struktur der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf Europas Wirtschaftselite jedoch eine wünschenswerte Ergänzung – ob in einer erweiterten zweiten Auflage oder in einer Fortsetzung. Das ändert nichts daran, dass Hartmanns Buch ein wichtiger Beitrag zum richtigen Zeitpunkt ist und ein starkes Argument dafür liefert, dass die Linke das tun kann, was sie tun soll und als einzige Strategie politischen Erfolg im Abwehrkampf gegen die rechtsextreme Gefahr verspricht: Die Linke sollte aufhören, die eigene, eben nur scheinbare, Handlungsunfähigkeit zu zelebrieren und vor der Macht der Konzerne zu Kreuze zu kriechen – und den schwierigen, offenen Konflikt im Kampf gegen Ungleichheit suchen. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

MICHAEL HARTMANN

war Professor für Soziologie an der TU Darmstadt

und hat sich als Elitenforscher einen Namen gemacht.

Sein aktuelles Buch »Die globale Wirtschaftselite – ein Mythos«

ist im September 2016 im Campus Verlag erschienen (€ 24,95).

Geächtete, Anzüge & Diener



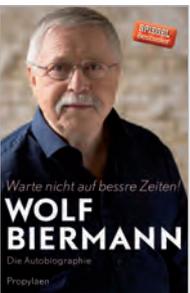
Markus Nierth, Juliane Streich BRANDGEFÄHRLICH

Markus Nierth, parteiloser Bürgermeister von Tröglitz, sieht sich plötzlich fremdenfeindlicher Hetze ausgesetzt, als Flüchtlinge in den kleinen Ort in Sachsen-Anhalt kommen sollen und er sich für diese einsetzt. Den Autoren geht es um die Hintergründe, die dazu führen, dass sich derzeit so viele Menschen rechts positionieren, benennt vermeidbare Fehler in der Politik und zeigt Lösungsansätze auf.
CH. LINKS VERLAG, 216 Seiten, 18,50 Euro



Pierre Rosanvallon DIE GUTE REGIERUNG

Auf der Grundlage demokratiegeschichtlicher Entwicklungen entwirft Rosanvallon das Modell einer Betätigungsdemokratie als Garant einer guten Regierung. Eine Betätigungsdemokratie ist der Schlüssel zum demokratischen Fortschritt. Voraussetzung ist, dass auch Behörden, verschiedene Ebenen der Justiz und der gesamte öffentliche Dienst Umwandlungsprozesse vollziehen.
HAMBURGER EDITION, 384 Seiten, 36 Euro



Wolf Biermann WARTE NICHT AUF BESSERE ZEITEN!

Ein Leben zwischen West und Ost, ein Widerspruchsgeist zwischen allen Fronten. Die Proteste gegen seine Ausbürgerung 1976 gelten als Anfang vom Ende der DDR. Eindringlich erzählt Biermann vom Vater, der als Jude und Kommunist in Auschwitz ermordet wurde, von der Mutter, die ihn aus dem Hamburger Bombeninferno rettete, vom väterlichen Freund Robert Havemann, mit dem er das Los des Geächteten teilte.
PROPYLÄEN VERLAG, 576 Seiten, 28,50 Euro



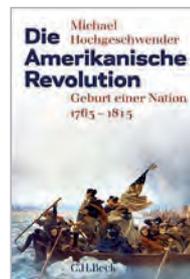
Christoph Bartmann DIE RÜCKKEHR DER DIENER

Dass unser Alltag von Computern abhängt, stimmt nur zur Hälfte. Für Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege suchen wir uns – am einfachsten im Internet – Personal. Und so entsteht parallel zur digitalisierten Welt eine neue Klasse schlecht bezahlter Helfer. Christoph Bartmann richtet seinen Blick auf ein neofeudales Bürgertum, das mit sozialer Spaltung gut leben kann.
CARL HANSER VERLAG, 288 Seiten, 22,70 Euro



Anja Meyerrose HERREN IM ANZUG

Die Autorin schildert die Entstehung unserer modernen Welt im Spiegel eines konkreten sicht- und fühlbaren Gegenstands: dem Männeranzug. Denn Bekleidung verortet die Menschen in der gesellschaftlichen Hierarchie. In dieser ausgreifenden transatlantischen Geschichte von Produktion und Konsumtion des Männeranzugs entfaltet das Buch eine Geschichte moderner Klassengesellschaften.
BÖHLAU VERLAG, 359 Seiten, 41,20 Euro



Michael Hochgeschwender DIE AMERIKANISCHE REVOLUTION

Michael Hochgeschwender erzählt, wie sich die nordamerikanischen Kolonien vom britischen Mutterland lösten und zeichnet dabei ein Bild der Revolution, das die gängigen Vorstellungen von Gut und Böse hinterfragt. Nicht wenige der späteren Amerikaner hielten zu den Briten. Und den Aufständischen ging es nicht nur um universalistische Ideale. Schon bei ihrer Geburt zeigte die Nation der Welt ein Janusgesicht.
C. H. BECK VERLAG, 512 Seiten, 30,80 Euro

Psychosen, Neurosen & Fälschungen



Helen Garner
DREI SÖHNE

Aus dem Englischen von Lina Falkner. Robert Farquharson lebt seit einiger Zeit getrennt von seiner Familie. Am Abend des Vaternachts im Jahr 2005 fährt er die drei Söhne zurück zu seiner Exfrau. Sein Wagen kommt von der Straße ab und stürzt in einen See. Nur er kann sich aus dem Auto befreien. Tragischer Unfall oder Mord – diese Frage wird die australische Justiz und Öffentlichkeit beschäftigen.

BERLIN VERLAG, 352 Seiten, 20,60 Euro



Elif Shafak
DER GERUCH DES PARADIESES

Aus dem Englischen von Michaela Grabinger. Peris Mutter ist strenggläubig, ihr Vater ein sehr trotziger Pragmatiker. Damit nicht genug: Als Studentin in Oxford freundet sich Peri sowohl mit der weltoffenen Shirin als auch mit der Kopftuch tragenden Mona an. Es ist eine ungewöhnliche Freundschaft zwischen drei sehr unterschiedlichen Frauen mit muslimischem Hintergrund.

VERLAG KEIN UND ABER, 560 Seiten, 25,70 Euro



Teresa Präauer
OH SCHIMMI

Wie kann einer sich bloß derart zum Affen machen und so blöd anstellen beim Zappen durchs Fernsehprogramm und auf seinen Wegen durch die Bars und Nagelstudios der Großstadt? Ständig auf der Suche nach der nächsten Liebe, meistens im falschen Moment unterbrochen vom Handyläuten der eigenen Mutter. Teresa Präauers Buch zeigt, dass Anbaggern oder Aufreißen noch immer eine sportliche Disziplin ist.

WALLSTEIN VERLAG, 204 Seiten, 20,50 Euro



Leonardo Sciascia
DAS ÄGYPTISCHE KONZIL

Aus dem Italienischen von Monika Lustig. Die wahre Geschichte einer Fälschung im sizilianischen Palermo zu Ende des 18. Jahrhunderts. »Das ägyptische Konzil« entwirft lakonisch, amüsant und ironisch eine raffinierte Allegorie um Macht, Betrug und Verrat. Während der Adel bei galanten Festen und Spielen die Ständegesellschaft verteidigt, träumen junge Liberale von der Aufklärung.

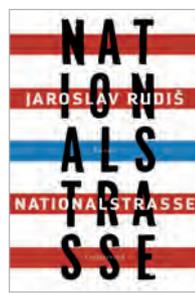
DIE ANDERE BIBLIOTHEK, 372 Seiten, 43,20 Euro



Cynthia D'Aprix Sweeney
DAS NEST

Aus dem Englischen von Nicolai von Schweder-Schreiner. Als Kinder haben sie einander geneckt, als Erwachsene verbindet die Geschwister nur noch eine gemeinsame Erbschaft. Doch kurz bevor das Erbe ausbezahlt wird, verwendet ihre Mutter es, um einem Playboy aus einer Notlage zu helfen. Wie merkt ein Rezensent an: »Ein charmanter New Yorker Neurosen-Roman«.

KLETT-COTTA, 416 Seiten, 20,50 Euro



Jaroslav Rudis
NATIONALSTRASSE

Aus dem Tschechischen von Eva Pro-fousova. 1989 war Vandam ein junger Polizist, ein Vorstadt-Held in einer Prager Plattenbausiedlung. Längst ist er kein Held mehr. Wegen Gewaltexzessen aus dem Polizeidienst entfernt, prügelt er sich durch Tage und Nächte und zeigt im Fußballstadion den Hitlergruß. »Ich bin ein Römer. Kein Nazi. Warum sollte man in Europa nicht mit dem römischen Gruß grüßen dürfen?«

LUCHTERHAND LITERATURVERLAG, 160 Seiten, 15,50 Euro

Vor der Trendwende auf dem Arbeitsmarkt

Österreichs Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre ist besorgniserregend schlecht. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Beginn der vom Finanzsystem ausgelösten Krise im Jahr 2008 um 170.000 gestiegen, in der EU-Arbeitslosenstatistik sind wir von Rang 1 auf Rang 11 zurückgefallen. Die wichtigsten Ursachen sind bekannt: Erstens die Finanzkrise, die in der ganzen EU das Wachstum der Wirtschaft und damit auch der Beschäftigung drastisch gebremst hat. Zweitens die starke Ausweitung des Angebots an Arbeitskräften in Österreich, eine Folge der hohen Zuwanderung und des späteren Pensionsantritts.

Ohne Zweifel spiegelt sich im Anstieg der Arbeitslosigkeit auch der Bedeutungsverlust des Ziels der Vollbeschäftigung, das im Österreich der Ära Kreisky, aber grosso modo doch bis zum Ende der Phase des Austrokeynesianismus Mitte der 1990er-Jahre Priorität gehabt hatte. Mit wachsenden konservativen Einflüssen seitens der EU-Technokratie, der Wissenschaft und der Politik dominieren seither ideologisch anders ausgerichtete Ziele des magischen Vielecks wie Nulldefizit und Preisstabilität.

Doch die Arbeitsmarktzahlen des Jahres 2016 zeigen auch, dass eine baldige Trendwende zu sinkender Arbeitslosigkeit möglich ist: In den letzten Monaten stieg die Zahl der Arbeitslosen nur noch um wenige tausend gegenüber dem Vorjahr. Klar, die – notwendige und sinnvolle – Integration der Asylberechtigten in den Arbeitsmarkt erschwert in den nächsten Monaten die Erreichung des Ziels. Doch ein nachhaltiger Rückgang der Arbeitslosigkeit wäre einer der wichtigsten politischen Erfolge der Bundesregierung und könnte ihr neuen Elan geben. Er wäre mit folgenden konkreten Maßnahmen zu schaffen:

Erstens, die Wende von der Kürzungspolitik hin zu einer Investitionspolitik in der EU, wie sie Bundeskanzler Christian Kern in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung skizziert hat. Ihr konkreter Ausdruck wäre jetzt die aktive Unterstützung von Italiens Premierminister Matteo Renzi in seiner Ausein-

andersetzung mit Europäischer Kommission und Ecofin um die Defizitziele. Italien ist geprägt von den hohen Kosten der Flüchtlingsbewegung und der Erdbeben sowie Jahren wirtschaftlichen Rückgangs. Ein Beharren auf den Budgetzielen ist wirtschaftlich kontraproduktiv, Italien muss investieren, um sich zu erholen. Von einer wirtschaftlichen Belebung bei unserem drittgrößten Handelspartner würde auch die heimische Wirtschaft profitieren.

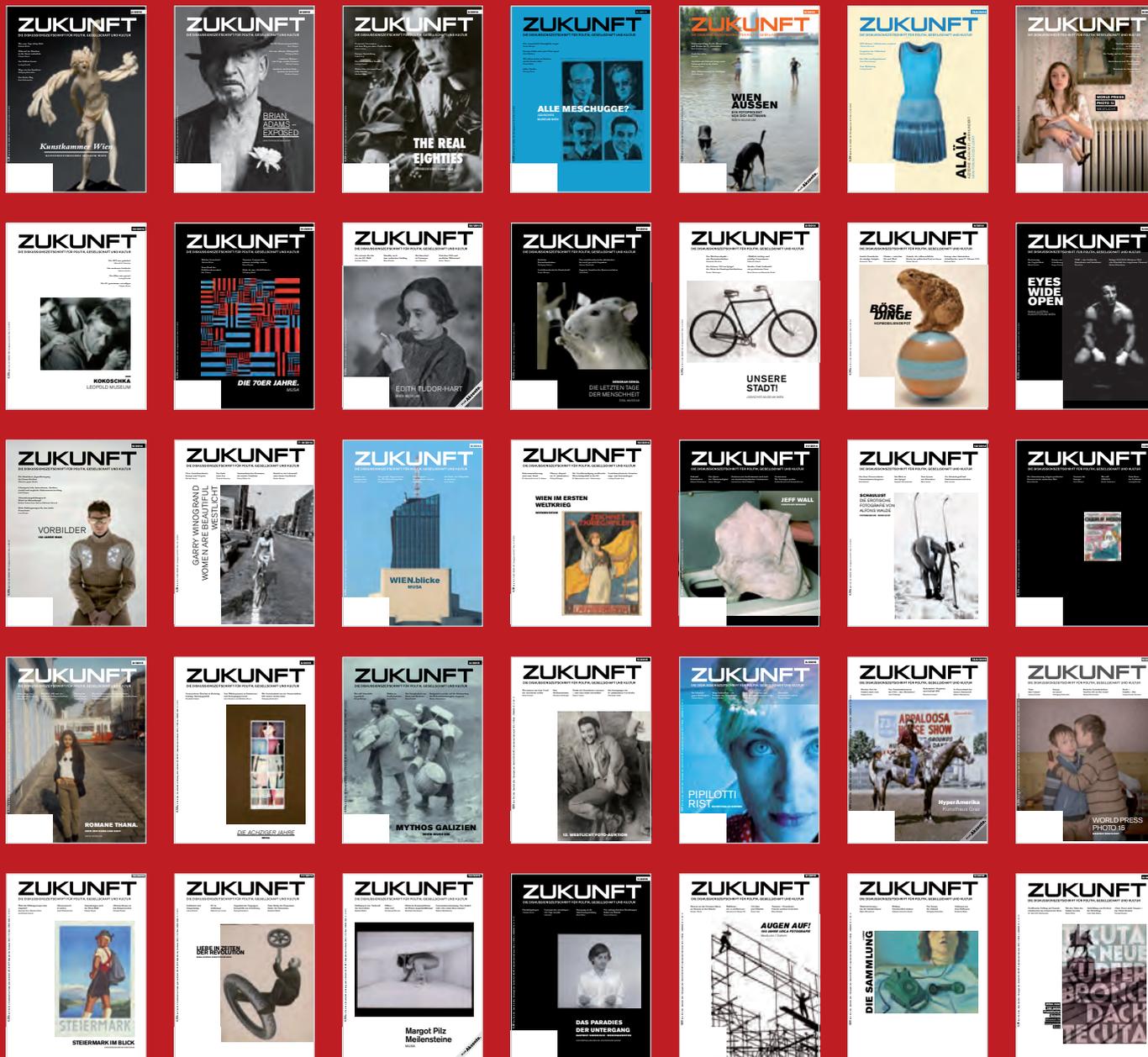
Zweitens, die massive Ausweitung von Vermittlungsanstrengungen, Schulungs- und Trainingsmaßnahmen auch für schwierige Gruppen auf dem Arbeitsmarkt. Sozialminister Alois Stöger kämpft recht erfolgreich für die Umschichtung der Einsparungen bei Pensionsausgaben zu Mehrausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik. Kurz- und mittelfristig kann das die Arbeitslosigkeit merklich verringern.

Drittens, der Einstieg in die Verkürzung der Arbeitszeit auch im öffentlichen Dienst. Die laufenden Gehaltsverhandlungen könnten ein erfolgreiches Instrument der Kollektivvertragsabschlüsse in der Elektro- und Metallindustrie auf den öffentlichen Bereich ausweiten: Die Freizeitoption, mittels derer Gehaltserhöhungen auch in Form von geringeren Arbeitszeiten in Anspruch genommen werden können. Mithilfe der Vereinbarung eines Beschäftigungsausgleichs würde das ein enormes Jobpotential vor allem für junge Menschen bergen.

Alle drei Maßnahmen müssen gegen einen neokonservativen, an wirtschaftlichen Zusammenhängen und sozialem Zusammenhalt wenig interessierten Finanzminister erfochten werden. Doch das Ziel einer Verringerung der Arbeitslosigkeit vor Augen, zahlt es sich aus, diese Auseinandersetzung offensiv zu führen. 

MARKUS MARTERBAUER

Marterbauer leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at>



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: